

Weihnachten – Eine Geschichte mit Folgen



Hans Steffen,
e. Nationalrat,
Fischenthal

Da und dort finden sich an Weihnachten auch heute noch Krippendarstellungen in guten Stuben und in Kirchen. Sie erinnern an die Weihnachtsgeschichte vom kleinen Jesuskind, welches mangels besserer Unterkunft in einem Stall zur Welt kam und in einer Futterkrippe auf Stroh gebettet wurde. Was an Weihnachten kaum je erzählt wird, sind die politischen Folgen dieser Geburt in der damaligen Welt.

Die meistgelesene Geschichte einer Geburt

Über zwei Jahrtausende hat die Weihnachtsgeschichte unzählige Menschen beschäftigt, was in der Literatur wohl einmalig ist:

Da wird einer ledigen Mutter von einem Engel Gottes die Geburt eines Sohnes angekündigt, welcher nicht von einem Mann, sondern vom Heiligen Geist gezeugt werden soll. Die Reaktion Josefs, des Verlobten von Maria, auf die Schwangerschaft ist verständlich. Da er keinen Verkehr mit Maria hat, wittert er Betrug. Aber der

Engel des Herrn erscheint ihm im Traum und erklärt die heiligen Umstände der Zeugung. Die Geburt am Heimatort Josefs in der Stadt Davids verläuft in einem ungewohnten Umfeld. Hirten der Gegend erfahren durch der Engel Schar von diesem Ereignis und besuchen Jesus und seine Eltern im Stall. Aber auch Weise, Sternforscher, Könige aus dem Morgenland sind längst auf dem Weg; sie folgen dem Stern eines neuen Königs bis nach Jerusalem. Anlässlich einer Audienz bei König Herodes fragen die Weisen: «Wo ist der neu geborene König der Juden? Wir haben nämlich seinen Stern im Morgenland gesehen und sind gekommen, ihm zu huldigen.» König Herodes erschrickt zutiefst und befragt seine Berater. Diese zitieren aus dem Alten Testament den Propheten Micha, welcher Bethlehem als jenen Ort bezeichnet, «...wo ein Herrscher hervorgehen wird, welcher das Volk Israel weiden soll...» Herodes schickt die Weisen auf die Suche und erbittet von ihnen Meldung an ihn, sobald sie den neugeborenen König finden sollten. Die Weisen folgen dem Stern, bis dieser über dem Stall von Bethlehem stehen bleibt. Hoherfreut treten sie ein, erblicken Maria mit dem Jesuskind und werfen sich vor ihm nieder und huldigen ihm. Dann öffnen sie ihr Gepäck und breiten ihre Gaben aus: Gold, Weihrauch und Myrrhe.

Schöne Festtage und ein gutes neues Jahr!

Im Namen der SD-Parteilung wünschen wir allen ruhige und besinnliche Festtage. Wir danken für Ihr Interesse an unserer Partei und freuen uns, auch weiterhin auf Ihre Unterstützung in unserem Kampf für Volk und Heimat zählen zu dürfen.

Weihnachtsspende

Wir möchten es nicht unterlassen, Ihnen für Ihre Treue und Unterstützung im vergangenen Jahr ganz herzlich zu danken. Gerne versichern wir, dass wir uns auch im nächsten Jahr ganz im Dienste einer freien, unabhängigen und schweizerischen Schweiz stellen werden.

Dies ist auch nötiger denn je: Voraussichtlich im Juni 2004 müssen wir die erleichterte Einbürgerung und vor allem die automatische Einbürgerung der dritten Generation mit ganzer Kraft bekämpfen. Möglicherweise steht uns auch noch ein Referendum gegen die völlige Aufhebung der Lex Friedrich («Ausverkauf der Heimat») ins Haus. Und gegen Ende des Jahres müssen wir zwingend die Ausdehnung des freien Personenverkehrs auf die neuen osteuropäischen EU-Staaten verhindern.

Sie sehen, liebe Freunde, auf uns wartet viel Arbeit. Damit wir aber unsere Aufgaben auch in Zukunft erfüllen können, sind wir dringend auf Ihre Weihnachtsspende angewiesen. Für Ihre Unterstützung danken wir ganz herzlich.

Ihre SD-Parteilung

Diese Schätze sind ausserordentlich wertvoll. Nach diesem Besuch empfangen die Weisen in einem Traum die Aufforderung, dem König Herodes nichts zu verraten. Also ziehen sie an Jerusalem vorbei zurück in ihr Land im fernen Osten.

Hier endet in den meisten Fällen die Weihnachtsgeschichte, wie sie von Generation zu Generation weiter gereicht wird. Sie hat allerdings eine Fortsetzung, welche den Leser zurück in eine Welt versetzt, wo brutale Anwendung königlicher Macht alltäglich ist.

Die Flucht

Bald nach dem Wegzug der Weisen erscheint dem Josef ein Engel im Traum und befiehlt ihm, er solle mit Frau und Kind nach Aegypten fliehen, denn Herodes trachte nach dem Leben des kleinen Jesus. Josef gehorcht. Die reichen Schätze der Weisen können ihm und seiner Familie ein Überleben in Aegypten sichern. Als Herodes merkt, dass die Weisen ihn getäuscht haben

und ohne Meldung aus dem Land gezogen sind, wird er zornig und lässt in Bethlehem und Umgebung alle Knäblein töten, welche zweijährig und darunter sind. Welch unmenschliche Massnahme, die bei den Untertanen Wut und Trauer auslöst.

Fortsetzung Seite 2

Inhalt

- 2 Ernstes Wort zur SVP!
- 3 Im Krieg der Kulturen?
- 4 Blick in die Zukunft der SD
- 5 Hinterhof-Schächten am Ramadan
JSD-Standpunkt
- 6 Radikal umdenken!
- 8 Veranstaltungskalender
- 9 Aus den Kantonen
- 12 Der Leser hat das Wort

Weihnachten – Eine Geschichte mit Folgen

Fortsetzung von Seite 1

Die Rückkehr

Als Josef nach Jahren in Aegypten durch den Engel erfährt, dass Herodes gestorben sei und er sicher heimkehren könne, macht er sich mit Maria und Jesus auf und begibt sich zurück nach Nazareth in Galiläa. Dort wird er als Zimmermann arbeiten.

Die geistliche Sicht

Es ist Gottes Wille, dass sein Sohn von der treuen Magd Maria geboren wird. Die Mächte des Bösen möchten Jesus kurz nach der Geburt beseitigen, indem sie den eifersüchtigen König Herodes als Werkzeug benutzen. Aber der Engelbote Gottes verhindert den Mord. Er warnt Josef und drängt ihn, er möge nach Aegypten fliehen. Ausgerüstet mit den geschenkten Reichtümern der Weisen überlebt die Familie und kann nach dem Tod zurück nach Nazareth ziehen. Dort wächst Jesus auf,

tritt mit etwa 30 Jahren als Lehrer auf und wird wenige Jahre später am Kreuz hingerichtet, stirbt, aufsteht und «...fährt auf gen Himmel, sitzend zur Rechten Gottes, von dannen er kommen wird, zu richten die Lebendigen und die Toten...» (Aus dem Glaubensbekenntnis der Christen)

Weihnachten ist die Gedenkfeier für die Geburt des Gottessohnes Jesus Christus und so darf einmal im Jahr in der politischen Zeitung der SCHWEIZER DEMOKRATEN (SD) ein Artikel über diesen Anlass der Christenheit erscheinen.

Die weltliche Interpretation

Weil die weltlichen Sternforscher dem Stern eines kommenden Königs folgen und beim antizipierenden König vorsprechen, fürchtet dieser um seinen Thron. Er lässt in den alten Büchern forschen. Bethlehem wird vom Propheten Micha bereits vor 700 Jahren als Geburtsort des Messias, des Erlösers vorhergesagt. Herodes plant, Jesus heimlich zu liquidieren. Aber die Weisen verraten den Fundort des kleinen Jesus nicht. Also lässt er –

um sicher zu gehen, wie er meint – alle Kleinkinder der Gegend um Bethlehem umbringen.

Josef und seine Familie werden eine Flüchtlingsfamilie, die in Aegypten Asyl erhält. Sie sind wegen Bedrohung an Leib und Leben geflohen. Sobald die Gefahr durch den Tod des Herodes gebannt ist, kehren sie von den warmen Ufern des Nils zurück in die eher rauhe Gegend von Galiläa.

Und heute?

Ist es vermessen, für die heutige Zeit folgenden Schluss zu ziehen? Eigentlich müssten jene Flüchtlinge dann freiwillig ihr Gastland verlassen und in ihre Heimat zurück kehren, wenn der Grund ihrer Flucht, nämlich die Gefahr an Leib und Leben, nicht mehr besteht. Mit den beruflichen Kenntnissen, die sie im Gastland erworben haben, wären sie nicht nur für das Herkunftsland ein ökonomischer Gewinn, sie fänden bestimmt auch eine Arbeitsstelle oder könnten sogar ein eigenes Unternehmen gründen. Wer diesen Entschluss nicht fasst, nimmt einem neuen

Flüchtling den Platz weg und trägt zudem zur Überfremdung seines Gastlandes bei. Bedauerlicherweise wurden diese Überlegungen weder vom Bundesrat noch vom Parlament im Rahmen der Asylgesetzes-Revisionen berücksichtigt. Die Folgen sind zusammen mit jenen des freien Personenverkehrs insofern erschreckend, als sich die Schweiz immer mehr zu einem multikulturellen Massenstaat entwickelt, dem die «Unité de doctrine» – die gemeinsame kulturelle Grundlage – abhanden kommt, übrigens eine Grundlage, die im Politischen Programm der SD als «christlich-abendländische Kultur» bezeichnet wird. Die SD betrachten diese Kultur «als Fundament unserer Ethik und Moral» und fordern deren Schutz und Förderung.

Mit der Lancierung der Eidg. Volksinitiative «Begrenzung der Einwanderung aus Nicht-EU-Staaten» beweisen die SD, dass sie nicht nur Programmforderungen zu Papier bringen, sondern konkrete politische Massnahmen verlangen.

Ernstes Wort zur SVP!

Es besteht kein Zweifel, dass die Wahlerfolge der SVP zum Teil darauf beruhen, dass es ihr gelungen ist, im traditionellen Wählerreservoir der SD beziehungsweise der

Anzeige

Das Testament

Die letztwillige Verfügung

Liebe Mitglieder, Gönner und Sympathisanten

Immer wieder können wir lesen, dass verschiedene Organisationen und Stiftungen finanzielle Zuwendungen empfangen können, die aus dem Nachlass eines treuen Mitgliedes stammen.

Haben Sie auch schon daran gedacht, die SCHWEIZER DEMOKRATEN in Ihrem Testament zu berücksichtigen?

Haben Sie Fragen über Formalitäten und Abfassung?

Unser Geschäftsleitungsmitglied Kurt Koller berät Sie gerne kostenlos:

Kurt Koller, Treuhandbüro
Meienbergstrasse 4
CH-9620 Lichtensteig
Telefon 071 988 50 88
Telefax 071 988 67 61

früheren NA zu fischen und ihr dieses abzusaugen, so dass wir uns nun überlegen müssen, ob es für uns überhaupt noch eine politische Überlebenschance gibt. Die SVP hat sich damit eine grosse Verantwortung aufgeladen. Denn das Hauptproblem für die Schweiz besteht nicht im Defizit der öffentlichen Finanzen – ein solches herrscht weltweit! –, in der AHV, in der zweiten Säule, in der serbelnden IV, in der überteuerten Krankenversicherung, in der Beziehung zur EU, in der Zahl von Arbeitslosen, die im internationalen Vergleich immer noch niedrig ist, im Verkehrskollaps, obschon alle diese Probleme selbstverständlich ebenfalls ernst zu nehmen sind, sondern in der andauernden massiven Einwanderungsbewegung, die ihr Territorium mit Riesenschritten durch die andauernde Bevölkerungsvermehrung in eine einzige Grossagglomeration verwandelt, für die bald keine Möglichkeit mehr vorhanden sein wird, eine selbständige Politik zu führen! Die oben genannten Schwierigkeiten lassen sich übrigens zu einem grossen Teil durch die übertriebene Einwanderungsbewegung erklären, auch wenn es zu einem politischen Tabu geworden ist, darauf hinzuweisen.

Nun ist es zwar verdienstvoll, wie die SVP es tut, auf das Loch hinzuweisen, das durch die unkontrollierte Einwanderung unter dem Titel Asyl entsteht, und es politisch möglichst zu stopfen. Aber wenn es gelingt, vielleicht 1000 potenzielle Einwanderer davon abzuschrecken, in die Schweiz zu kommen und ein Asylgesuch zu stellen, und unter einem Riesenaufwand mit Spezialgefängnissen, Knebelung und Fesselung auf einen Rollstuhl, Charters eines Sonderflugzeuges usw. etwa drei Asylmissbraucher in ihre Heimat zurückzuschaffen, auf der andern Seite jedoch im gleichen Zeitraum hoch offiziell 60'000 neue Einwanderer unter dem Titel ausländische Arbeitskräfte samt Familien hereingeholt werden, so ist das Ganze ein Verhältnisblödsinn und überhaupt kein Beitrag zur Bekämpfung der Überbevölkerung der Schweiz! Die Bilanz ist dann dennoch negativ!

Nach ihren Lippenbekenntnissen will die SVP zwar auch die übrige Einwanderung beschränken. Aber tatsächlich geschieht etwas ganz anderes. Besonders bedenklich ist, dass die offizielle SVP anscheinend die Parole herausgegeben hat, die neue Volksinitiative der SD «Begrenzung der Einwanderung aus Nicht-EU-Staaten» nicht zu unter-

stützen. Zwar wird sie nicht bekämpft, aber in den Publikationen, welche SVP-beherrscht sind wie Pikom, Schweizerzeit, AUNS usw. bisher totgeschwiegen, und das trotz höflichen Aufforderungen zur Unterstützung! Wird da noch die Verantwortung für die Zukunft der Schweiz wahrgenommen? Die Pikom hat sich das Anliegen der SD-Initiative sogar als einziges Ziel auf ihre Fahne geschrieben!?

Jean-Jacques Hegg,
Gemeinderat, e. Nationalrat

SD 
Schweizer Demokraten

Bundesratswahl:

**SD-Vertreter
für Blocher**

Um Missverständnissen vorzubeugen, halten wir fest, dass SD-Nationalrat Bernhard Hess Dr. Christoph Blocher bei der Bundesratswahl vollumfänglich unterstützt hat.

Im Krieg der Kulturen?

«Die offizielle Schweiz lernt mit der Paradoxie zu leben, dass es keine gezielte, aber eine permanente Terrorgefahr gibt!»

So lautete die vor kurzem publizierte Schlussfolgerung eines Autors in einer der grössten Tageszeitungen der Schweiz, welcher der Frage nachging, ob die Schweiz ein Terrorziel des modernen (alten) Terrorismus sei.

Diese Fragestellung an sich erscheint blauäugig, gibt man sich Rechenschaft, dass die aufsehenerregenden Terrorakte der letzten Monate und Jahre vorwiegend von orthodoxen (fanatisierten) Muslims begangen wurden. Die Bevölkerung mohammedanischen Bekenntnisses aber nimmt als Folge der geltenden Einwanderungspolitik rasant zu. Damit wird das Umfeld geschaffen, sodass sich Terroristen wie «Fische im Wasser» bewegen können und sehr schwer zu erkennen sind.

Die westliche Welt – und da gehört die Schweiz nun einmal dazu – gab und gibt durch ihre Politik mehr wie genug Anlass zu bittersten Emotionen der mohammedanischen und insbesondere der arabischen Welt. Man denke etwa an die Hintergründe und Art der Kriege am Golf, in Afghanistan, auf dem Balkan, in Afrika und die permanente Stützung des israelischen Staatsterrors gegen die palästinensische Bevölkerung durch die USA.

Ob man es wahrhaben will oder nicht – wir sind bereits mitten im «Krieg der Kulturen». Wie Scholl-Latour in seinem Buch «Kampf dem Terror – Kampf dem Islam?» schrieb, hat G.W. Bush mit seinem «Kampf gegen das Böse» diesen Krieg vom Zaun gerissen. Gleichzeitig verliert die Supermacht USA ihre Vertrauensbasis in der westlichen Welt, da sie sich auch den natürlichen Bündnispartnern gegenüber diktatorisch benimmt und sich gleichzeitig von ihnen das ausufernde Staats-Defizit indirekt bezahlen lässt.

Immer grössere Kreise der mohammedanischen Völker besinnen sich auf ihre kulturell-religiösen Wurzeln und finden dort Anweisungen zum Handeln, die für die Zukunft der einstmaligen christlichen Welt nichts Gutes verheissen.

In der Sure 5 Verse 33 und 34 lesen wir:

«Die Vergeltung für die, die gegen Gott und seinen Gesandten Krieg

führen und auf der Erde umherreisen, um Unheil zu stiften, soll dies sein, dass sie getötet oder gekreuzigt werden, oder dass ihnen Hände und Füsse wechselseitig abgehackt werden, oder dass sie aus dem Land verbannt werden. Das ist für sie eine Schande im Diesseits, und im Jenseits ist für sie eine gewaltige Pein bestimmt, ausser denen, die umkehren, bevor ihr euch ihrer bemächtigt. Und wisst, dass Gott voller Vergebung und barmherzig ist.»

Und in Sure 9 Vers 5 heisst es:

«Wenn die heiligen Monate abgelaufen sind, dann tötet die Polytheisten (=Christen), wo immer ihr sie findet, greift sie, belagert sie und lauert ihnen auf jedem Weg auf. Wenn sie umkehren, das Gebet verrichten und die Abgabe entrichten, dann lasst sie ihres Weges ziehen. Gott ist voller Vergebung und Barmherzigkeit.»

Wie wörtlich überzeugte Muslime diesen Auftrag nehmen, bewiesen

- der Genozid von 1915 an den assyrischen und armenischen Christen;
- die seit bald 20 Jahren andauernde Christenverfolgung im Südsudan mit rund 3 Mio Toten;
- die sich immer wiederholenden Ausschreitungen auf dem indischen Subkontinent;
- die Wirren auf dem indonesischen Archipel;
- die unglaubliche Behandlung christlicher Gruppen und Einzelpersonen in mohammedanisch dominierten Staaten;
- die neuerdings ungerührte Anwendung der Scharia gegenüber Frauen und angeblichen oder wirklichen Missionaren;
- etc. etc.

Die Situation in der Schweiz

Vor 23 Jahren wurden in der Schweiz ca 30'000 bekennende Muslime gezählt. Als Folge der bekannten Einwanderungspolitik stieg ihre Zahl über 152'000 im Jahre 1990 auf rund 300'000 Personen bei der Volkszählung im Jahre 2000. Zusammen mit den Asylbewerbern und den «Sans papier» dürften sich zur Zeit rund 500'000 Menschen in unserem Lande zum mohammedanischen Glauben bekennen. Sie sind in rund 200 Vereinigungen, Stiftungen und Vereinen organisiert. – Schon vor 8 Jahren forderte ein Sprecher der Muslime die offizielle Anerkennung des Islams in der



Schweiz als offizielle Landeskirche. So kann es nicht verwundern, dass jetzt bereits in mehreren Kantonen in aller Form die öffentliche Anerkennung gefordert wird und z.T. schon durchgesetzt ist.

Dabei wollen die Muslime erklärterweise keine Assimilation in unsere (verrottete) christliche Gesellschaft, angestrebt wird lediglich die Integration. Dass dabei das christliche Kreuz aus Schulstuben verbannt werden soll, ungebührliche Rücksichten auf die Empfindungen der Einwanderer gefordert werden, sei nur am Rande erwähnt. In dieser Situation ist es wiederum wichtig, auf einige Koran-Anleitungen hinzuweisen:

In Sure 47 Vers 4 lesen wir:

«Wenn ihr auf die, die ungläubig sind, trifft, dann schlagt (ihnen) auf die Nacken. Wenn ihr sie schliesslich schwer niedergekämpft habt, dann schnürt (ihnen) die Fesseln fest. Danach gilt es, sie aus Gnade oder gegen Lösegeld zu entlassen. (Handelt so), bis der Krieg seine Waffenlasten ablegt. So ist es. Und wenn Gott wollte, würde Er sie selber strafen. Aber Er möchte die einen von euch durch die anderen prüfen. Denen, die auf dem Weg Gottes getötet werden, lässt Er ihre Werke niemals fehlgehen.»

Und in Sure 33 Vers 27 steht:

«Und Er gab euch zum Erbe ihr Land, ihre Wohnstätten und ihren Besitz, und auch ein Land, das ihr (vorher) nicht betreten hattet. Und Gott hat Macht zu allen Dingen.»

Und aus der Sure 48 lässt sich erahnen, welches Schicksal den Christen und den Juden unseres und jeden (eroberten) Landes zgedacht ist. Zum Schluss noch ein

Zitat von Scheich Kischk, Moscheeprediger in Kairo:

«Die Schranke zwischen Mensch und Tier ist der Islam. Mit seiner Annahme fängt das Menschsein an. Es kann keinen wahren und dauerhaften Weltfrieden geben, bis sich nicht alle Welt dem Gesetz des Islams unterworfen hat. Die christlichen Missionare haben kein Recht auf Verkündigung!»

Der Imam von Izmir (Türkei) erklärte bei einem offiziellen Treffen christlicher und mohammedanischer Würdenträger in aller Ruhe und Gelassenheit:

«Dank eurer demokratischen Gesetze werden wir über euch herfallen, und dank unserer religiösen Gesetze werden wir euch beherrschen!»

Das Ende ist in Sicht!

Da sich die Zahl der Muslime in der Schweiz z.Zt. alle 10 Jahre verdoppelt, die Todesrate der Einheimischen seit 5 Jahren deutlich höher liegt als die Geburtenrate, ist es bei Fortführung der heutigen Politik eine Frage von 3 Jahrzehnten, bis die christliche Schweiz eine muslimische Bevölkerungsmehrheit haben wird.

Unsere Nachkommen könnten dann als sog. «Schutzbürger» dem Gesetze der Scharia unterworfen werden. Das eingangs angesprochene Schutzbedürfnis bekäme dann allerdings ein völlig anderes Gesicht. Was das konkret nach der Lehre des Koran bedeuten wird, darüber ein anderes Mal mehr!

Blick in die Zukunft der SD



Dr. Dragan
Najman,
Grossrat,
Baden

Gründe für die Niederlage der SD bei den letzten Nationalratswahlen

Primär ist sicher der zur Zeit herrschende Höhenflug der SVP bzw. deren seit Jahren dauernde Propagandawalze «schuld». Dabei ist zu bemerken, dass die SVP als einzige schweizerische Partei nicht nur vor Wahlen, sondern dauernd mit riesigen Inseraten, Broschüren, die an alle Haushaltungen in der deutschen (evtl. auch Romandie?) Schweiz verschickt werden, usw. Werbung macht.

Vor den NR-Wahlen 1999 hatte ich in den Medien gelesen, dass die SVP Schweiz in den Jahren 1995 bis 1999 für ca. 13,5 Millionen Franken, davon im Kanton Zürich allein ca. 8,5 Millionen, Werbung gemacht hat, wobei ich nicht weiss, ob die Broschüren von Blocher, die an alle Deutschschweizer Haushaltungen verschickt worden sind, in diesen Beträgen inbegriffen waren.

Diese andauernde Propagandawalze hat sich erstmals bei den NRW 1999 so richtig bemerkbar gemacht und hat ihre (logische) Fortsetzung bei den GR-Wahlen 2001 im Aargau und anderen Kantonen gehabt.

SD von den Medien totgeschwiegen

Dieser Propagandawalze können wir SD absolut nichts entgegen setzen, vor allem auch deshalb nicht, weil wir von den Medien fast oder ganz totgeschwiegen werden. Z.B. TV DRS «Idée Suisse» (ich hoffe nicht, dass die Schweizer Ideen auf so tiefem Niveau sind wie diejenigen unseres Staatsfernsehens) bringt nicht einmal mehr unsere Parolen zu eidg. Abstimmungen. Auf eine diesbezügliche Anfrage von mir als Pressechef der SD Schweiz vor einigen Jahren hatte ich zur Antwort erhalten, das Fernsehen werde derart mit Parolenfassungen von Parteien und Gruppierungen überschwemmt, dass man Restriktionen habe einführen müssen. So würden Parolen nur noch von Parteien veröffentlicht, welche in Fraktionsstärke im NR

präsent sind! (Ich bin sicher, wenn wir diesmal Fraktionsstärke erreicht hätten, hätte unser TV beschlossen, sie könnten nur Fraktionen von mindestens 8 oder 10 Mitgliedern berücksichtigen).

Oder ein weiteres Beispiel: Beim Start unserer jetzt laufenden Initiative «Begrenzung der Einwanderung aus Nicht-EU-Staaten» hatten wir diese allen Presseagenturen mitgeteilt und Fernsehen, Radio und die wichtigsten Tageszeitungen orientiert. Meines Wissens hat von den grösseren Zeitungen nur die NZZ etwas gebracht. Entsprechend ist unsere Initiative praktisch nur bei den SD bekannt. Als ich im September 2003 ca. 1500 Unterschriften aus der Stadt Zürich an die dortige Stimmregisterzentrale brachte, sagte mir deren langjähriger Chef ganz erstaunt, er habe noch nie etwas von dieser Initiative gehört! Auch beim Sammeln von Unterschriften an der OLMA hörten wir oft die Frage, ob die SVP die Initiative gestartet habe; kaum jemand wusste, dass es die Schweizer Demokraten sind. Nach der SD-Wahlschlappe von 1999 hatten wir gesagt, wir müssten jetzt abwarten, bis sich die SVP-»Euphorie« der Stimmbürger wieder abschwäche und die Leute merken, dass die SVP a) auch nur mit Wasser koche und b) gar nicht primär für die Schweiz und die Schweizer kämpfe, sondern vor allem für das Portemonnaie bzw. das Bankkonto ihrer Parteimitglieder. Wir sagten damals ebenfalls, das würde sicher nach 4 Jahren noch nicht der Fall sein, sondern frühestens nach 5, evtl. sogar erst nach 12 Jahren, und über diese Durststrecke müssten die SD hinweg kommen.

Nun sind erst vier Jahre vergangen und der SVP-Vormarsch ist wie erwartet noch nicht gebremst.

Unsere Basis konnten wir auch nicht mobilisieren. Wegen des Aufschwungs der SVP denken sich (irgendwie verständlich) viele Leute, «was soll ich meine Stimme einer Kleinpartei geben; diese kann ja im Parlament kaum etwas ausrichten, wenn einer ihrer Kandidaten überhaupt gewählt wird». Deshalb nehmen viele Leute, auch «treue» SD-Anhänger, die Liste einer grossen Partei, z.Zt. meist der SVP. Sie schreiben dann wohl einige Namen unserer Kandidaten auf den Wahlzettel der anderen Partei und sind sehr «stolz», dass sie auf diese Weise beide Parteien unterstützt haben. Dass das aber den SD nicht viel nützt, ist ihnen nicht klar. Hier gilt es, den Haken anzusetzen. Wir

müssen unseren Mitgliedern, Sympathisanten und Gönnern immer wieder klar machen, dass sie unserer Partei nur helfen, wenn sie bei Wahlen unsere Liste einlegen und zwar möglichst unverändert, weil jeder Kandidat einer anderen Partei auf unserer Liste eine Stimme weniger für uns bedeutet. Auch auf unserer Wahlwerbung muss immer ganz gross geschrieben stehen, dass man unsere Liste unverändert einlegen soll.

Ist-Zustand und Konsequenzen für die Zukunft

Wie gesagt, können wir am Ist-Zustand (übermächtige Stellung der SVP) zur Zeit nichts ändern.

Unsere Zukunft hängt von verschiedenen Faktoren ab. Einmal die kommenden Bundesratswahlen. Sollte die SVP – bei einer Nichtwahl von Blocher – tatsächlich in die Opposition gehen, wäre das für unsere Partei die totale Katastrophe. Dann könnte nämlich die SVP mit «voller Pulle» auf die anderen Reglerparteien losgehen und immer sagen, «schaut mal diese unfähige Regierung an, die bringt ja überhaupt nichts fertig. Wenn wir in der Regierung wären, sähe alles ganz anders aus». Wie gesagt, wenn dieser Fall eintritt, dann wird die SVP bei den nächsten NRW mit Sicherheit nochmals 15 bis 20 Sitze zulegen.

Hoffen wir also, dass Blocher in den Bundesrat gewählt wird, das wäre für die SD der Idealfall, denn er allein kann ja gegen die andern sechs BR nichts machen, und selbst, wenn er zwei weitere BR auf seine Seite ziehen könnte, wäre es immer noch 3:4 gegen «Blocher». Dann würden die Stimmbürger sicher schon in den nächsten vier Jahren merken, dass Blocher nicht allmächtig ist und auch nichts Wesentliches bewegen kann. Dann könnten die SD bereits in 4 Jahren wieder Stimmen von der SVP zurück gewinnen.

Aber wir dürfen nicht von einer Wahl zur ändern wie Dornröschen schlafen, sondern müssen – auch mit unseren beschränkten finanziellen Mitteln – immer wieder auf uns aufmerksam machen.

Das Debakel bei den letzten beiden NRW dürfen wir nämlich keineswegs nur der Propagandawalze der SVP und den Medien in die Schuhe schieben. Beinahe ebenso viel trifft die Schuld unsere eigenen Leute. Fast alle glauben, mit dem Abo unserer Zeitung, die sie lesen (oder auch nicht!), mit gelegentlichen Spenden und allenfalls mit teilneh-

men an einer Sitzung/Versammlung, sei es getan.

Wie unser Zentralpräsident an der letzten ZV-Sitzung richtig gesagt hat, haben Leute, die nicht gewillt sind, sich voll für die Partei einzusetzen, in den Führungsgremien nichts zu suchen. Das gilt auch für die Parlamentarier. Wer in einem Vorstand ist oder gar in einem Parlament, egal ob auf Gemeinde, Kantons- oder Bundesebene, muss zwingend aktiv sein, sei es durch Unterschriftensammeln für unsere Initiativen und/oder Referenden, sei es durch Leserbriefe schreiben, sei es bei Auftritten an öffentlichen Versammlungen, sei es durch persönliches Verteilen von Flugblättern, und – für unsere Parlamentarier – durch Verstösse in den jeweiligen Parlamenten. Nur so können wir unsere Partei mit der Zeit wieder «auf Vordermann» bringen. Vor allem müssen wir unsere jetzt laufende Initiative zustande bringen. Hier ein Misserfolg wäre nach meiner Meinung das Aus für unsere Partei.



Offizielles Organ der Schweizer Demokraten

SD-Zentralsekretariat

Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)
Internet:
www.schweizer-demokraten.ch
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

Redaktion

Schweizer Demokrat
Postfach 8116
3001 Bern

Redaktoren:

Rudolf Keller, SD-Zentralpräsident, Frenkendorf
Dr. Jean-Jacques Hegg, Dübendorf (Leben und Umwelt)
Bernhard Hess, Nationalrat, SD-Zentralsekretär, Bern (CR)
Dr. Dragan J. Najman, Grossrat, Einwohnerrat, Baden
Willy Schmidhauser, Präsident SD Thurgau, Dettighofen
Hans Steffen, Fischenthal

Hinterhof-Schächten am Ramadan

Die Frau eines Moslems, Akademikerin, die uns namentlich bekannt ist, aber aus verständlichen Gründen anonym bleiben will, schreibt uns folgendes:

Ich weiss, dass viele Leute aus verständlichen Gründen Hemmungen haben, die Muslime zu kritisieren – ich bin jedoch seit einigen Jahren mit einem Muslim verheiratet (als Folge meines Studiums) und habe da doch recht guten Einblick in die «Fleischpraxis» bekommen (in der Schweiz und im Ausland) und ärgere mich immer wieder grauenvoll. Ich kann Ihnen versichern, dass auch im Bereich der «norma-

len» Muslime, die religiös nicht fanatisch sind, durchaus grosse Mengen an Schächtfleisch aus Strassburg oder aus eigener Metzgerei konsumiert werden (natürlich gibt es auch die, die ihr Rindfleisch und Poulet bei Migros kaufen). Besonders im Ramadan, wo ja am Abend üppig gegessen wird, werden viele Schafe und Hühner privat abgemurkst. Die Bauern, die die Tiere verkaufen, kümmern sich nicht darum...

Es gibt nach wie vor viele Metzgereien von Türken, Libanesen oder Albanern, wo einem bestätigt wird, dass das Fleisch «halal» ist, weil sie

selber schächten. Dass dabei die Idee der Betäubung nicht bis in die untersten Reihen vorgedrungen ist, dürfte wohl klar sein. Aber wen kümmern schon die Verbote der Ungläubigen – die werden einfach unterminiert. Zusätzlich hat «man» von BSE gehört und ist der Annahme, dass man dann wohl schon besser wieder Halalfleisch kaufen sollte, weil es sauberer und gesünder sei als das der verseuchten Westler.

Ich ärgere mich über die Muslime mindestens ebenso (obschon ich offiziell durch meine Heirat der islamischen Religion angehöre) wie

über die Juden. Die einen brüllen, die andern sagen zu allem ja, informieren aber keineswegs ihre Leute, die oft nicht Deutsch lesen können, und machen dann trotzdem was sie wollen.

Jeder rechte Muslim, den ich kenne, kauft mindestens einmal pro Woche Halalfleisch, und am Eid al-fitr, dem Fest des Fastenbrechens, das heurer am 25. November stattfand, wird wie erwähnt auch privat geschlachtet.

Die Zahl der Muslime in der Schweiz ist ja nicht gerade unstattdlich, so dass das durchaus auch ins Gewicht fallen wird.

JSD -Standpunkt

Warum das Wort «Neger» kein Schimpfwort ist

1. Das deutsche Wort Neger hat absolut nichts mit dem amerikanischen Schimpfwort «Nigger» zu tun. Vielmehr kommt es aus dem spanischen «negro» bzw. dem lateinischen «niger» und bedeutet, auf deutsch übersetzt, nichts anderes als «schwarz». «Schwarzer» ist also einfach das deutsche Wort für Neger.

2. Nicht alle Neger sind schwarz; es gibt dunklere und hellere, zum Teil beinahe weisse Neger. Ich habe mir sagen lassen, dass sehr viele hellhäutige Neger auf ihre dunkleren «Brüder» herabschauen, jeder etwas hellere schaut auf die etwas dunkleren herab. Sicher ist das nicht bei allen Negern so, aber bei sehr vielen.

3. Das Wort «schwarz» ist im Deutschen – und auch in den meisten andern Sprachen – im allgemeinen etwas Negatives. Hier einige Beispiele: «Der schwarze Tod» wurde im Mittelalter die Pest genannt; «Der Schwarze» bedeutet Teufel; «Schwarze Kunst» wurde früher die gefürchtete Zauberei und Hexenbeschwörung genannt; «Schwarzer Freitag» ist der berühmte Börsencrash im Jahr 1929, der eine riesige weltweite Wirtschaftskrise ausgelöst hat; «Schwarzer September» nennen die Palästinenser den September 1970, als sie mit brutaler Gewalt von ihren arabischen «Brüdern» aus Jordanien vertrieben worden sind.

4. Im Lexikon liest man unter «Schwarze» neben den oben erwähnten Beispielen: «Eine heute im allgemeinen übliche Bezeichnung für Menschen der *negroiden* Rasse». Man merke: selbst um das Wort «Schwarze» im Zusammenhang mit Neger zu erläutern, muss man das Wort *negroid*, das ja von Neger abstammt, verwenden.

5. In den Lexika liest man ebenfalls von Negersprachen Negerkultur, Negermusik usw. Niemand denkt hier daran, von «Schwarzensprachen», «Schwarzenkultur» oder «Schwarzenmusik» zu sprechen. 6. Die schöne Negermusik «Negro Spirituals», wurde von den Negern selber so bezeichnet und heisst weder «Black Spirituals» noch denkt kein normaler Mensch daran, dieselbe entsprechend umzubenennen.

7. In Afrika gibt es einen Staat Nigeria, einen Staat Niger und einen Fluss Niger. Diese Wörter ähneln dem amerikanischen Schimpfwort «Nigger» viel mehr als das deutsche Wort Neger, und trotzdem denkt kein Mensch in diesen Ländern daran, die Namen in «Blackland», «Black River» oder wie auch immer umzubenennen.

8. Und zum Schluss: wem ist nicht schon aufgefallen, dass das beliebte Kinderliedchen «Zehn kleine Negerlein» überall tunlichst vermieden wird. Bevor unsere linken Mul-



WEST Magazine, Flandern

ti-Kulti-Wischi-Waschis uns einzureden versuchen, «Neger» sei ein Schimpfwort, hat kein Mensch auch nur im entferntesten beim Singen dieses harmlosen Liedchens an etwas diskriminierendes oder gar rassistisches gedacht.

Bitte ausschneiden oder kopieren, sodass Sie die oben erläuterten Argumente bei allfälligen Diskussionen über das Wort «Neger» als Schimpfwort jederzeit zur Hand haben können. Dr. D. Najman, SD-Grossrat, Baden

Also, lasst Euch durch die Linken nicht beirren und verwendet ruhig das Wort «Neger», ohne vor dem Antirassismusgesetz Angst haben zu müssen.

Konrad Lorenz 100 Jahre alt

2003 wäre der vergleichende Verhaltensforscher Konrad Lorenz, der 1973 den Nobelpreis für Physiologie und Medizin erhielt, 100 Jahre alt geworden. Ursprünglich Arzt, wurde er auch ausserhalb von Fachkreisen berühmt durch seine populärwissenschaftlichen Bücher wie etwa «So kam der Mensch auf den Hund». Wohl kein anderer Wissenschaftler hat die Umweltschutzbewegung stärker geprägt als er. Aber nicht nur das. Die durch ihn gegründete psychologische Schule befasste sich zunehmend mit dem vorwiegend bei Tieren zu beobachtenden Territorialverhalten. Dieses hat vor allem die Funktion, die Übervölkerung eines Gebiets durch ein und dieselbe Spezies zu vermeiden und damit die Lebensressourcen in diesem zu schonen und zu erhalten. Dadurch



Konrad Lorenz

wird eine Brücke zwischen dem Umweltschutz und der vergleichenden Verhaltensforschung geschlagen. Denn ohne Zweifel zeigt

auch der Mensch ein Territorialverhalten. Unter anderem dadurch, dass er die Neigung hat, sich in möglichst souveränen Territorialstaaten oder ähnlichen Gebilden zu organisieren und angeborene Xenophobie-Reaktionen – Angst vor dem Fremden – zeigt. Bestes Beispiel ist zur Zeit der Irak.

Leider wurden diese ethologischen Erkenntnisse bisher von der Öffentlichkeit und hier namentlich der Politik zu wenig bis gar nicht rezipiert. Das hat vor allem damit zu tun, dass die Umweltschutzbewegung seit den 70er Jahren immer mehr nach links gerutscht ist, indem grüne Parteien einen ziemlichen Zulauf früher linksextrem engagierter Mitglieder erfahren hat, in der Schweiz vor allem aus der ehemaligen POCH, nachdem

sich deren auf kommunistische Heilslehren fussende Hoffnungen zerschlagen hatten. Viele Grüne erweisen sich nun leider als blind für gewisse Erkenntnisse, die auf der Hand liegen, so dass ihre politische Sichtweise sehr einseitig ist. Skepsis gegen Massenwanderungen, oft als angeblich «fremdenfeindlich», nationalistisch oder gar «rechtsextrem» angeprangert, ist nämlich unter ökologischen, also streng wissenschaftlichen Gesichtspunkten durchaus angebracht, weil sie zu der Natur nicht mehr zuträglichen Bevölkerungskonzentrationen führen und die Skepsis deshalb nicht etwa lebensfeindlich, sondern lebensdienlich ist.

*Dr. med. Jean-Jacques Hegg,
Facharzt für Psychiatrie FMH*

Nein zum Englischen!

Obschon das neue Zürcher Volksschulgesetz vom Stimmvolk abgelehnt wurde und die Einführung eines Englischunterrichts schon auf der untersten Schulstufe einer der Gründe der Ablehnung gewesen ist, querulieren gewisse einflussreiche Leute, die sich nicht um Ergebnisse von Volksabstimmungen kümmern, im Gleichschritt mit fast allen Medien weiter für diesen Englischunterricht. Sie begründen dies hauptsächlich mit dem mässigen Abschneiden der Schweizer Schüler bei der so genannten Pisa-Studie und präsentieren uns vor allem die Finnen als Vorbild, weil sie bei dieser Studie klar besser abgeschnitten haben. Dabei ist die Lage von Finnland eine ganz andere als diejenige der Schweiz und überhaupt nicht mit ihr vergleichbar.

Der Hauptunterschied ist der, dass Finnland, zum Teil bedingt durch seine Randlage, bevölkerungsmässig weit weniger überfremdet ist als die Schweiz. Die Zahl der in Finnland wohnenden Ausländer beträgt kaum 2 Prozent! In der Schweiz erreicht die offizielle Zahl 20%, wenn wir die illegal Anwesenden (deren Kinder dürfen neuerdings auch in die Schulen!) mitzählen noch mehr! Entsprechend hoch ist die Zahl der Fremdsprachigen. Erschwerend kommt hinzu, dass sie nicht etwa alle dieselbe Sprache sprechen, sondern einen Strauss von bis zu 30 oder noch mehr Sprachen! Dies vor allem

macht die Schweizer Volksschule kaputt! Dennoch werden bestimmte Leute nicht müde, den total hinkenden Vergleich mit Finnland anzustellen und in unsern Schulen den Ausbau des Englischunterrichts zu fordern.

Die Forderung tönt zunächst harmlos. Aber was haben wir von ihr zu erwarten, falls sie sich durchsetzt? Sollte es einer Lobby grauer Eminenzen tatsächlich gelingen, das Englische quasi als fünfte Landessprache zu etablieren, werden die bisherigen Landessprachen – und zwar nicht nur das Rätoromanische! – bald dahinsiebeln, weil die englischsprachigen Nationen auf der Welt einen grossen Einfluss haben! Die Schweiz wird dann von ihren politischen, kulturellen, geschichtlichen und geistigen Wurzeln und Traditionen abgeschnitten werden, und es wird noch schwieriger sein, sie als selbständiges politisches Gebilde aufrechtzuerhalten. Auch der Plan der ETH, auf der nach EU-Vorgaben neu errichteten Master-Stufe die Vorlesungen vorwiegend in Englisch abzuhalten, weist in die gleiche Richtung.

Aber auch rein praktisch sind die bisherigen Landessprachen für die Schweiz wichtig. Einmal grenzt – im Unterschied zu Finnland! – die Schweiz an Deutschland, Frankreich und Italien (und Österreich). Ausserdem haben wir eine grosse italienischsprachige Kolonie. In Gerichtsverhandlungen, im Kon-

takt mit Behörden, in Gesprächen mit Rechtsanwälten, bei ärztlichen Behandlungen, bei Begutachtungen oder eben in den Schulen spielen doch die grösseren drei Landessprachen und nicht das Englische die Hauptrolle!

Die Forcierung des Englischunterrichts an unsern Schulen ist in Anbetracht der tatsächlichen

sprachlichen Verhältnisse in der Schweiz nicht nur eine Überforderung der Schüler, nicht zuletzt der vielen eingewanderten fremdsprachigen, es ist auch eine höchst unpraktische Massnahme mit Bezug auf die Vorbereitung auf ihr Leben.

*Jean-Jacques Hegg,
e. Nationalrat, Gemeinderat*

Wichtig

Auf den Unterschriftenbogen dürfen Name, Vorname und selbstverständlich auch die Unterschrift nicht in derselben Schrift geschrieben sein. Solche Unterschriften werden zwar oft von den Gemeinden irrtümlich als gültig erklärt, aber von der Bundeskanzlei werden sie als ungültig erklärt und gestrichen.

Ausserdem vergessen Sie bitte nicht, jeweils Kanton, PLZ und vor allem Gemeinde der gesammelten Unterschriften anzugeben. Wir müssen sonst solche Bogen mühselig im elektronischen Telefonbuch nachsuchen. Und falls die betreffende Person nicht im Telefonbuch existiert, finden wir den Ort überhaupt nicht.

D. Najman, SD-Grossrat, Baden

Radikal umdenken!

Volksinitiative «Begrenzung der Einwanderung aus Nicht-EU-Staaten»

Die Wahlen in der Schweiz haben stattgefunden, und effektiv hat sich fast nichts bewegt. Auch die Schweizer Demokraten vermochten der allgemeinen Politik nicht die kleinste Richtungsänderung zu verpassen. Wir müssen endlich lernen, viel radikaler umzudenken! Das System des Internationalismus, dem die Welteliten, fast alle Medien, ein grosser Teil der Weltöffentlichkeit und selbstverständlich alle Bundesratsparteien anhängen, bringt es einfach nicht! Politische UNO, Weltbank, Weltwährungsfonds, Sonderziehungsrechte, GATT, Uruguay-Runde, WTO, G8-Gipfel, G20 und was weiss ich noch für Gs, weltweite Riesenkonzferenzen haben nie das gebracht, was ihre Propagandisten uns davon versprochen haben! Im Gegenteil; die Welt versinkt immer mehr in einem Sumpf von Defizitwirtschaft-

ten, Umweltzerstörung, Bürger- und anderen Kriegen mit Kindersoldaten staatenübergreifendem Terrorismus, verfolgungswahnsinnigen Rüstungen, Grossproduktion und -vertrieb illegaler Drogen, Massenelend, Desorganisation und Migrationsentwurzelung!

Dass die Masseneinwanderung in die Schweiz übrigens auch etwas mit ihren Schwierigkeiten zu tun hat, eine lebenswerte Umwelt zu erhalten, verschweigen oder ignorieren die Polemiker, die immer nur die Schlagwörter Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus im Munde führen!

Auch die SVP und Christoph Blocher werden es nicht bringen, denn die Übervölkerung ist doch nicht nur ein Problem des Asyl-



In Italien angelandet, in die Schweiz weitergeleitet

wesens! Christoph Blocher ist zwar etwas weniger internationalistisch als andere; gerade in Wirtschaftsfragen ist aber auch er der fast perfekte Internationalist! Dabei

sollten wir uns merken: Umdenken kann auch im Kleinen beginnen! Zum Beispiel mit einer Unterschrift unter die neue Volksinitiative der SD.

Der Schweiz als Mahnung:

Notschrei aus der französischen Provinz

Wer von Genf nordwestwärts durch die zerklüftete, wilde und einsame Gegend fährt, erreicht nach ca. 60 km den Hauptort des französischen Hochjuras und Bischofssitz Saint-Claude, ein Städtchen von 13'000 Seelen, das durch seine Tabakspfeifen- und Brillenmanufaktur sowie seine Edelsteinschleifereien bekannt geworden ist. Typisches Provinznest der «France profonde» (das tief in sich gekehrte ländliche Frankreich) mag sich der ahnungslose Besucher denken. Doch der Schein trügt.

Wie die Halbmonatsschrift «Militant» Nr. 536 vom 20. November 2003 (Case postale n° 154, F-75463 PARIS Cedex 10) zu berichten wusste, richtete der Bürgermeister dieses Ortes, Jean-Louis Millet, am 1. Oktober d. J. zwei Schreiben an den Innenminister Nicolas Sarkozy, in welchen er auf die durch die Masseneinwanderung nicht assimilierbarer Personen aus völlig fremden Kulturkreisen hervorgerufenen Probleme aufmerksam macht:

– Laut amtlichen Zahlen sind 18% der Einwohner Ausländer. Aber der Anteil der Bevölkerung ausländischen Ursprungs, der je länger, je weniger gewillt ist,

sich zu integrieren, je länger, je mehr auf seine Verschiedenartigkeit pocht und uns seine Kultur aufzwingen will, kann auf 35 bis 40% geschätzt werden. Davon sind rund drei Viertel Muslime. Es handelt sich hier nicht mehr um einen blossen Zuzug von Arbeitskräften, sondern um eine eigentliche Kolonisierung.

– Allein die türkische Gemeinschaft beansprucht für sich 1800 Bürger, die drei Maghrebstaaten deren 2000, und dazu kommen noch 400 Laoten. Die ebenfalls sehr stark vertretene portugiesische Volksgruppe stellt in Anbetracht ihrer Kultur keine Probleme des Zusammenlebens.

– Betreffend die Gemeinschaft der Türken oder der Einwohner türkischen Ursprungs wird auf zwei Punkte hingewiesen:

1) Die hier geborenen und in unserer Stadt am besten integrierten jungen Mädchen reisen im Alter von 18 bis 20 Jahren zwecks Heirat in die Türkei und kehren mit ihren Ehegatten wieder zurück, wobei durch Familiennachzug der Einwanderungsdruck noch erhöht wird; nicht zu reden vom sozialen Rückschritt, den die jungen Frauen infolge dieser von der Familie

aufgezwungenen Heirat zu erleiden haben.

2) Die türkische Gemeinschaft kauft mit einer Rapidität Wohnungen, Häuser, Geschäfte und bebaubare Grundstücke auf, die an eine wirkliche Kolonisierung der Stadt zu denken erlaubt.

– Die Immobilienkäufer erhalten von ihren Regierungen und durch Vermittlung der Moscheen unverzinsliche Darlehen, wodurch die einheimischen Franzosen, die keine solchen Vergünstigungen haben, benachteiligt werden.

– Diese Transaktionen werden oft zu Beträgen, die über dem Verkaufspreis liegen, durchgeführt. Nicht selten bietet z.B. ein potentieller Käufer 180'000.– Euro für ein zu 150'000.– Euro ausgeschrieben Verkaufobjekt. Kein Wunder, dass der Verkäufer ein solch lukratives Angebot nicht ausschlägt. Nach drei oder vier solcher Handänderungen in derselben Strasse, kann der Rest im gleichen Sektor zum halben Preis erworben werden. (Mit dem höheren Preisangebot stehen die muslimischen Käufer die einheimischen Kaufrivalen aus. Sobald sich die Fremden da-

durch in einem Quartier festgesetzt haben, erfolgt der Exodus der angestammten Einwohner, was auf die Preise drückt. Red.)

– Oft handelt es sich bei den Käufern um arbeitslose Personen oder solche mit bescheidenem Einkommen. Die erworbenen Firmen dienen manchmal als Tarnung für andere Geschäftsparten.

– Leute ohne berufliche Tätigkeit kaufen Autos mit grossem Hubraum zu Preisen in der Grössenordnung von 50'000.– Euro (ca. Fr. 77'000.–).

– In der türkischen Gemeinschaft blüht die kriminelle Schattenwirtschaft, die auf dem Drogenhandel beruht, welcher durch die nahe Schweizergrenze noch begünstigt wird.

Millet fordert u.a. dringende Massnahmen in Sachen Familiennachzug und eine behördliche Kontrolle über die Herkunft der in Immobilien investierten Gelder. Die Missstände in Saint-Claude mögen für die Schweiz eine Warnung und der Mut seines Bürgermeisters, diese öffentlich anzuprangern, für unsere Behörden ein leuchtendes Beispiel sein.

Max-P. Morf, Genf



Gesucht

Auf gut «Neudeutsch» auch «wanted» genannt.

• Es gab einmal (zur EWR-Abstimmung oder bei den bilateralen Verträgen) einen Kleber (ca. 9 x 9 cm) «EU? Nein Danke» mit einem rot durchkreuzten EU-Wappen und etwas verschoben darüber ein Schweizer Wappen, auf weissem Grund. Dasselbe Signet war auch auf einem Leibchen zu haben. Beide sind heute noch sehr aktuell –

sozusagen «Dauerbrenner», zumindest so lange als unser Bundesrat geradezu zwangartig weiterhin den EU-Beitritt anstrebt. Kann mir jemand mitteilen, wo man diese Kleber und Leibchen kaufen konnte oder mir sowohl einige Kleber als auch 1 bis 2 Leibchen verkaufen? Mein damals gekauftes Leibchen ist schon völlig verwaschen und von der Sonne gebleicht.

• Neues Schweizer Orts-Lexikon erschienen 1983 im Bucher-Verlag München/Luzern. In diesem Lexikon ist u.a. von allen Orten der Schweiz angegeben, ob sie eine eigene Gemeinde sind oder welcher Gemeinde sie angehören. Zum Einholen der Beglaubigung von Unterschriften ist dieses Lexikon wichtig. Wir hatten früher auf dem Zentralsekretariat ein solches Buch, es ist heute aber leider vergriffen. Hat jemand ein solches Lexikon oder findet es vielleicht in einem Antiquariat?

• Ein Tischkopierapparat (es braucht kein Farbkopierer zu sein). Grundfläche maximal 40 x 40 cm. Kopiergeschwindigkeit nebensächlich, aber man sollte von A4 auf 70% (A 5) verkleinern und auf ca. 120% vergrössern können.

• Ein Herrenvelo (ein ganz gewöhnliches, also kein «Mountain»- oder «City»- oder was weiss ich für ein «Bike»). 3 bis 12 Gänge genügen (ich bin noch rüstig genug, so dass ich keine 20, 30, 40 oder noch mehr Gänge brauche). Etwas sportlich sollte es aber schon sein, also nicht allzu schwer, wenn möglich mit schmalen Reifen, das was man früher (vor der «Bike»-Zeit) einen «Halbrenner» genannt hat.

Offerten oder Mitteilungen bitte richten an: D. Najman, Mellingerstrasse 176, 5400 Baden, Telefon-, Fax-Nr. 056 222 68 72

Veranstaltungskalender

Kanton	Sektion	Veranstaltung
 AG	Bezirke Baden / Brugg / Zurzach Aargau West Fricktal	Stammtisch jeden 1. Dienstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Winkelried, Wettingen Stammtisch jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Dietiker in Suhr bei Aarau Stammtisch jeden 2. Dienstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Sonne, Eiken
 BL	Sektion Reinach und Umgebung	Jeden 1. Montag im Monat um 19.30 Uhr Stamm im «Reinacherhof»
 BS	Kantonalpartei Basel	Stammtisch jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Rheinfelderhof
 BE	Stadt Bern Sektion Köniz Sektion Berner Oberland Sektion Oberaargau/ Mittelland/Emmental Sektion Schwarzenburg/Seftigen/Laupen Sektion Thun/Konolfingen	Stammtisch jeden letzten Dienstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Bären, Bümplizstr. 150, Bümpliz-Bern Der monatliche Höck findet immer am 1. Freitag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Brunnenhof, Köniz, statt. Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr im Hotel Milan in Ringgenberg Stammtisch jeden dritten Montag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Fankhauser in Langenthal, Tel. 062 922 79 29 SD-Stamm immer am letzten Montag im Monat ab 20 Uhr im Tea-Room Vreneli, Guggisberg Stamm jeden letzten Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Schärmehof, von May-Strasse 43, Thun
 LU	Innerschweiz	Höck jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Hotel Spatz, Obergrundstr. 103, Luzern
 SG	Sektion Wil und Umgebung Sektion St. Gallen	Informationsabend jeden 2. Montag im Monat um 20.00 Uhr im Restaurant Fass in Wil. Informationen: www.infowil.ch/sd-wil Weihnachtsstamm am 17. Dezember, 19.30 Uhr, Restaurant Hirschen, St. Gallen, St. Fiden. 31. Dezember: Gemeinsamer Rutsch ins neue Jahr, 23.30 Uhr oberhalb Restaurant Falkenburg, St. Gallen, St. Georgen
 OW  NW	Sektion Unterwalden	Stammtisch jeden letzten Montag im Monat ab 20 Uhr im Saal des Restaurant Sternen in Ennetbürgen (NW)
 ZH	Sektion Bülach Sektion Dielsdorf Sektion Hinwil Sektion Limmattal Sektion Winterthur Stadt Zürich	Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Hotel Airport an der Oberhauserstr. 30, 8152 Opfikon-Glattbrugg Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Hardegg (beim Bahnhof), Regensdorf Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Bahnhof, Bahnhofplatz, 8340 Hinwil (Kegelbahn) Stammtisch jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, im Restaurant Nassacker in Schlieren Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Hörnli, Winterthur-Töss In jeder geraden Kalenderwoche ab 19 Uhr Höck im Restaurant Farbhof, Badenerstr. 753, 8048 Zürich (Endstation Tram Nr. 2)

Kein Ausverkauf der Heimat

Thurgau:
SD-Referendum perfekt!

Gemäss Kantonalpräsident Willy Schmidhauser ist im Thurgau das Referendum gegen die Einführung von Liegenschaftsverkäufen an Reiche in aller Welt mit über 2100 Unterschriften zu Stande gekommen. Wir gratulieren der SD-Thurgau herzlich!



Kanton Basel-Stadt



Multiplexkino-Vorlage mit 2/3-Mehrheit freudig «beerdigt»!

Mit 36'462 zu 16'812 Stimmen entschied sich der Basler Souverän noch deutlicher als wir erwarten durften gegen den Bau eines Betonklotzes mit 11 Kinosälen an der Heuwaage.

Gar als sensationell muss die Stimmbeteiligung von 48% betrachtet werden, ging es bei diesem Abstimmungsgang doch nur um diese eine (aber die Bevölkerung bewegende) Vorlage! Im Übrigen stimmten kantonal 97,5% schriftlich ab.

Multiplex-Gegner erhielten durch Souverän tüchtig Rückenwind

Offensichtlich überzeugten die Argumente der Multiplex-Gegner mehr, die u. a. das finanzielle Engagement des Kantons an dieses Privatprojekt in Frage stellten und den Bau (sicher am falschen Ort!) eines Kinopalastes mit zusätzlichen 2500 Zuschauerplätzen als überflüssig beurteilten.

Die Zusammenarbeit, nicht nur im Referendumskomitee, sondern auch im gemeinsam geführten Abstimmungskampf von Grünen, Bündnis-Linken, Umweltschützern und Schweizer Demokraten, hat den Erfolg gebracht. Insbesondere hat das persönliche Engagement vieler Einzelpersonen aus diesen Organi-

sationen Früchte getragen. Besten Dank hierfür!

Der enttäuschte Regierungsrat ist nun wieder am Zuge und darf dem Grossen Rat (parlamentarische Vorstösse werden folgen!) baldmöglichst eine Vorlage für eine begründete und den Stadtbewohnern Erholung bringenden Parkanlage unterbreiten.

Merkwürdiges vor und nach der Abstimmung

Alle diesen Abstimmungskampf beobachtenden Personen mussten feststellen, dass sich die «Basler Zeitung», resp. deren Redaktion, im Vorfeld dieser Abstimmung ganz eindeutig auf die Seite der Multiplex-Befürworter geschlagen hat. Dies zeigte sich insbesondere in mehreren grossen redaktionellen Beiträgen, einmal gar auf der Frontseite des in Basel dominanten Presseerzeugnisses. In einem Résumé in der Montagsausgabe nach der Abstimmung konnte es dann der BaZ-Chefredaktor Hans-Peter Platz nicht mehr lassen, über die verpatzte Chance nachzusinnen und gewisse Parteien (darunter die SD!) mit Schuldzuweisungen zu überhäufen. Nachdenklich stimmt auch die Tatsache, dass nach dem 16. November keine



Schweizer Demokraten sammelten (gemeinsam mit andern Organisationen) nicht nur Unterschriften fürs erfolgreiche Referendum gegen das «Multiplex», sondern warben im Vorfeld der Abstimmung auch auf der Strasse mit Standaktionen (wie obiges Bild zeigt) für ein Nein!

Woche verging... bis schon wieder mehrere(?) Projekte für mögliche Multiplexkinos in der Stadt Basel in den Raum gestellt wurden. Eines hievon ist ein (schon im Detail geplantes) Multiplex-Kino von Ceppi und Walch, welches anstelle des Kuchlin-Kinos und der «Komödie» in der Steinvorstadt erbaut werden soll.

Ja, sie lesen richtig, es handelt sich um jene Kino-Unternehmer welche noch einige Tage zuvor ihr «einmaliges Projekt» an der Heuwaage realisieren wollten und dafür all ihre Kraft eingesetzt haben! Erstaunlich: Diese Herren haben Projekte zur Hand, wie die Indianer dazumal Pfeile im Köcher!

Markus Borner



Kanton Bern



Grossaufruf an alle in der Stadt Bern stimmberechtigten Mitglieder, Sympathisanten und Freunde der SD

Bekanntlich sammeln wir in der Stadt Bern für die Tieferlegung des Bahnübergangs in Brünnen Unterschriften. Von diversen Seiten haben wir bisher Unterstützung erhalten und wir sind dem Ziel (5000 Unterschriften) nahe.

Damit die Initiative aber wirklich zustande kommt, bitten wir alle, den beiliegenden Initiativbogen ausgefüllt und unterzeichnet an folgende Adresse zu schicken: Peter Bühler, Stapfenstrasse 71, 3018 Bern.

Bitte motiviert eure Freunde, Bekannten, Verwandten dazu, den Bogen ebenfalls zu unterzeichnen. Wir brauchen jetzt wirklich noch jede helfende Hand. Weitere Initiativbogen können aus dem Internet unter www.peterbuehler.ch heruntergeladen oder aber direkt an obiger Adresse bezogen werden.

Vielen Dank für die Unterstützung.

Peter Bühler, Stadtrat, Präsident des Initiativkomitees



Kanton St. Gallen



Kantonsratswahlen in St. Gallen

Am 14. März 2004 finden in St. Gallen die Wahlen in den Kantonsrat statt. Erstmals hat die Stadt mit dem Bezirk St. Gallen 45 Sitze zu vergeben. Die Schweizer Demokraten werden sich mit ganzer Kraft einsetzen, mindestens ein bis zwei Sitze zu gewinnen.

Wir möchten als erstes alle Mitglieder und Sympathisanten der Schweizer Demokraten im Bezirk St. Gallen bitten, am 14. März 2004 die unveränderte Wahlliste einzulegen.

Der Chefredaktor G. Höpli des St. Galler Tagblattes schrieb am 10. Oktober 2003: Der Wähler müsste eigentlich nicht die Kopie, die SVP, sondern das Original, die Schweizer Demokraten, wählen. Es muss uns also gelingen, die Wähler von

der ehrlichen und gradlinigen Politik der Schweizer Demokraten zu überzeugen.

Wir werden im ganzen Bezirk St. Gallen ein Flugblatt verteilen. SD-Freunde aus der ganzen Schweiz werden helfen, den Wahlprospekt persönlich von Haus zu Haus zu tragen.

An mehreren Tagen werden wir an Standaktionen den Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern suchen, um diese zu überzeugen, am 14. März 2004 die Liste der Schweizer Demokraten einzulegen.

Mit der Unterstützung und der Hilfe aller unserer Freunde werden wir bei den Kantonsratswahlen in St. Gallen zu den Gewinnern gehören.

Kurt Koller, Lichtensteig



Kanton Thurgau

Frau Metzler,
Sie ärgern viele sehr!

Am Ustertag 2003 hat Bundesrätin Ruth Metzler von der CVP Dinge gesagt die vielen Menschen in unserem Lande weh tun: Die Schweiz sei ein Einwanderungsland und wir könnten mit einheimischer Kraft und alleine unser Land nicht auf so hohem Niveau halten. Weiter: «Wir sollten nicht die Invasion fürchten, sondern die Infusion annehmen...» Betreffend Niveau soll daran erinnert werden, dass in vielen Klassen Lehrer am Verzweifeln sind. Hätte unsere Wirtschaft Hochkonjunktur, würden viele in die Wirtschaft wechseln. Auch im Thurgau gibt es Klassen, wo noch drei oder zwei Schweizerkinder sind. Ihre Eltern bringen sie täglich vor die Schultüre und holen sie wieder ab, ansonsten Prügel drohen. Betriebe weigern sich, Lehrlinge anzunehmen, die kaum deutsch können. Andere bezeugen hinter vorgehaltener Hand, dass sie lieber keine Lehrlinge haben möchten, als schlechte oder lernunwillige. Es muss auch daran erinnert werden, dass wir über 150'000 Arbeitslose haben und hunderttausende von Ausgesteuerten, die oft versuchen, bei der IV unterzukommen. Ist da eine weitere Zuwanderung von Nieder-Qualifizierten nicht eine absolute Frechheit?

Die Staatspolitische Kommission SPK beschloss mit 12 zu 9 Stimmen, dass der Bundesrat die Entwicklungshilfe an jene Staaten ganz oder teilweise einstellen kann, die bei der Rückführung nicht kooperieren... und sie beschloss mit 14 zu 10 Stimmen, dass Fingerabdrücke und biometrische Daten, wie Iris oder DNA, er-

hoben werden dürfen. Der Bundesrat soll auch mit allen Staaten Rücknahmeabkommen anstreben! Die Schweizer Demokraten aber sind überzeugt, dass unser Land gewaltige Fehler in der Asylpolitik täglich und seit Jahren produziert, die nicht nur Milliarden kosten, sondern auch total unmenschlich und unfair gegenüber echt Verfolgten und Notleidenden dieser Welt sind. Wir erinnern an die Tatsache, dass ein Afrikaner auch heute noch, nur mit einem Schlepper nach Europa gelangen kann. Die Schleppergebühren muss jeder Afrikaner in harten Dollars entrichten. Sie kosten mindestens 41'000 US-Dollars. In Afrika verdient ein Primar- oder Sekundarlehrer im besten Falle umgerechnet 25 bis 40 Franken pro Monat... Es ist darum betrüblich, festhalten zu müssen, dass in 98% aller Fälle die schwarzen Asylanter a) Drogenhändler gewesen sind, die in ihrem Lande Drogen an Touristen verkauft haben, b.) Zuhälter gewesen sind, die in ihrem Lande Frauen und Mädchen an Touristen verkauft haben oder c.) als Staatsangestellte bei Antragstellern (Ausländer oder Geschäftsleute) die Hand für Schmiergelder hingehalten haben. Wenn unser Land also derartigen Leuten ein humanitäres Obdach gewähren will, kann man nur den Kopf schütteln! Noch schlimmer ist es aber für jene guten, anständigen und armen Afrikaner die in ihren Ländern schon mit einem Bruchteil dieser Gelder viel «Hilfe zur Selbsthilfe» erhalten könnten und zwar für das ganze Dorf...

*SD Thurgau,
Kantonale Parteileitung*

Schweizer Regierung versagt!

Bundesrat Leuenberger führt Südanflüge auf Kloten über dichtest besiedeltes Land ein und tut so, als wären die von EU-Deutschland erzwungenen Anflugänderungen und die einseitige Sperrung des deutschen Luftraumes gottgewollt! Was ist los, Herr Leuenberger? Agieren Sie im Sinne einer sozialistischen Internationalen, zu der ja auch die Genossen in der deutschen Regierung gehören? (Schröder, Fischer usw.)

Wichtig ist, tausende, ja zehntausende von Grenzgängern und Arbeitskräften aus Deutschland finden in der Schweiz ihr Auskommen. So bei Fluggesellschaften, auf Flughäfen, in Einzugsgebieten der Flughäfen, im Industrie-Kanton Zürich oder ganz einfach in der Nordschweiz von Basel bis Altenrhein. Sie, ihre Familien, Gemeinden und deutschen Lande profitieren direkt oder indirekt von der wirtschaftli-

chen Seite der Flughäfen, der Flughafenregionen und damit dem wirtschaftlichen Wohlstand der ganzen Region. Sehr verehrter Herr Bundesrat Leuenberger, vielleicht müssten Sie diese Zusammenhänge auch einmal Genosse Schröder aufzeigen und den Deutschen verständlich machen, dass man nicht nur profitieren kann. Da müsste doch Deutschland auch bereit sein, beim Lärmproblem zu vermitteln!

Wer A sagt, muss doch auch B sagen oder ist am Ende BR Leuenberger froh, wenn Genosse Schröder «klemmt»?

So könnte man die Fliegerei reduzieren und zurückdrängen – was manchmal mehr als nötig und vernünftig wäre – und punkto Ursache erst noch lächelnd auf andere verweisen.

*SD Thurgau,
Kantonale Parteileitung*



Kanton Zürich



Postulat

Der 180-köpfige Kantonsrat des Standes Zürich setzt sich aus 12 CVP, 14 Grünen, 53 SP, 9 EVP, das sind zusammen 88 plus 29 FDP. Diesen stehen 61 SVP, 1 EDU und 1 SD gegenüber. An der Kantonsratsitzung vom Montag, 20. Oktober 2003, also einen Tag nach den Nationalratswahlen, gelangte nachfolgendes Postulat zur Debatte.

**Postulat von Hans-Jörg Fischer (SD, Egg) betreffend
Energisches Vorgehen gegen sogenannte «Sans-Papiers-Illegale»**

Der Regierungsrat wird gebeten, ein energisches Vorgehen gegen sogenannte «Sans-Papiers», das heisst illegal in der Schweiz wohnhafte Ausländer, insbesondere im Sinne folgender Massnahmen zu prüfen:

– Häufigere systematische Personenkontrollen in dicht besiedelten Gebieten mit hohem Ausländeranteil, Asylanterunterkünften, vernachlässigten Liegenschaften und an anderen Orten, wo sich illegale Aufenthalter erfahrungsgemäss niederlassen können, ohne sofort aufzufallen.

– Regelmässige Aufrufe an die Bevölkerung, die Augen offen zu halten und bei Verdacht auf illegalen Aufenthalt von Ausländern Meldung zu erstatten (eventuell Einrichtung einer zentralen Meldestelle)

– Ermunterung von Liegenschaftseigentümern, bei Besetzungaktionen sogenannter «Sans-Papiers» Strafantrag wegen Hausfriedensbruchs zu stellen.

– Sofortiges Eingreifen bei organisierten Aktionen sogenannter «Sans-Papiers» mit dem Ziel, tatsächlich illegal anwesende

Ausländer polizeilich aufzugreifen und umgehend ausser Landes zu schaffen.

– Verbot von Organisationen (Art. 57 Abs. 3 ZGB) und konsequente strafrechtliche Verfolgung von Personen (gemäss Art. 23, Abs. 1 al. 5 Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer [ANAG]), welche den illegalen Aufenthalt von Ausländern aktiv erleichtern.

– Regelmässiger Abgleich von Datenbeständen verschiedener Verwaltungsorgane mit dem Ziel, illegale Aufenthalter aufzuspüren.

– Vorstellig werden bei den Bundesbehörden mit dem Ziel einer strengeren Praxis bei der Visa-Erteilung gegenüber Bürgern von Staaten, aus denen erfahrungsgemäss viele illegale Zuwanderer kommen.

– Vorstoss bei den Bundesbehörden: Eine Revision der Aufenthaltsbewilligung erhält, wer während eines illegalen Aufenthalts (zum Beispiel durch Heirat) einen Rechtsstatus erlangt., der an sich Anspruch auf eine Aufenthaltsbewilligung gäbe.

Begründung

In letzter Zeit sind illegale Aufenthalter, sogenannte «Sans-Papiers», sehr negativ in der französischen Schweiz aufgefallen; sie besetzten Kirchen. Da auch im Kanton Zürich von sehr vielen illegal Anwesenden auszugehen ist, muss man damit rechnen, dass sie auch in Zürich oder anderswo in der Deutschschweiz ein ähnliches «Theater» aufführen werden. Der Vorfall dieses Wochenende in der Grossmünster-Kirche erhärtet den Verdacht. Um dies zu verhindern,

hat der Erstunterzeichner einen Massnahmenkatalog aufgestellt. Von seiner Arbeit als Flughafenpolizeibeamter bringt er sehr grosse Erfahrungen mit, weil die Illegalen im Flughafen bei der Passkontrolle ausreisen. Bei den Verzeigungen kommen die verschiedensten Aussagen zum Vorschein. Mit diesen Massnahmen kann man den illegalen Aufenthaltern das Leben im Kanton Zürich so schwer wie möglich machen. Problematisch ist insbesondere, wenn illegal anwesende Leute auch kriminell tätig sind. Wir als Politiker sind dem

Steuerzahler schuldig, dass das Gesetz auch umgesetzt wird.

Das Postulat wurde mit 91 NEIN zu 7 Ja bachabgeschickt. Im «Zürcher Boten» dem wöchentlichen Parteiblatt der SVP, wurde diese Ablehnung von der SVP als Erfolg verbucht. Diese Haltung der grossmauligen Zürcher SVP ist verwerflich. Sie ist ein weiterer Beweis der verlogenen Politik dieser Partei. «Augen auf», wir bleiben dran.

Friedrich Auf der Maur

Konflikt zwischen Familien und Hundebesitzern

jhd. In der Stadt Zürich ist ein Konflikt zwischen Familien und Hundebesitzern entbrannt. Der Stadtrat will einen Teil der Allmend Brunau, beziehungsweise was von ihr nach riesigen Verkehrsbauten noch übrig geblieben ist, für Hunde sperren und als Erholungszone für Familien mit Kindern reservieren. Hierauf erfolgte ein riesiges Hallo der Hundebesitzer, die darauf hinweisen, der Raum, in welchem sie ihre Hunde noch frei herumlaufen lassen könnten, würde immer mehr eingeschränkt. Sie machen unter anderem geltend, schon am See, in Parks und Wäldern herrsche allgemeiner Leinenzwang. Die Polemik findet auch in den Leserbriefspalten statt.

Es ist unbestritten, dass Familien eine Erholungszone brauchen, in welcher ihre Kinder spielen und sich sportlich bewegen können, ohne ständig durch herumstreuende Hunde belästigt zu werden. Ebenso nötig ist es allerdings, dass auch Hundebesitzer irgendwo ihre

Hunde von der Leine lassen dürfen, wo sie frei herumtollen können. Dies verlangt schon das schweizerische Tierschutzgesetz. Man konnte in der Debatte alle möglichen und unmöglichen Argumente für Familien oder für Hundebesitzer hören und lesen. Der Präsident einer «Hundepartei» meinte sogar, man könne die Allmend ja auch gut für Urner und Aargauer sperren. Nur das Wichtigste und Entscheidende wurde nicht vorgebracht: durch das einwanderungsbedingte allgemeine Wachstum von Bevölkerung und Wirtschaft im endlichen Territorium Schweiz werden die Erholungsgebiete für Mensch und Tier immer mehr eingeschränkt und die Konflikte um Nutzungsrechte am freien Raum angeheizt! Man erinnert sich noch: die NA Zürich hat einmal eine Volksinitiative zum Erhalt der Grünflächen lanciert, die leider vom Volk nicht angenommen wurde. Übrigens gibt es auch Familien, in welchen sowohl Kinder als auch Hunde leben.

Gemeinderat Dübendorf

Diskriminierungsverbot vor Ökologiegebot

Jean-Jacques Hegg (SD) stört sich daran, dass bei Arbeitsvergaben die Transportwege keine Rolle spielen. Grund für diese Richtlinien ist laut Stadtrat übergeordnetes Recht.

Vergibt die öffentliche Hand Arbeiten, muss sie diese in einem so genannten Submissionsverfahren ausschreiben. Den Zuschlag für die auszuführenden Arbeiten erhalten die in mehreren Punkten günstigsten Anbieter. Nicht immer machen dabei ortsansässige Gewerbebetriebe das Rennen. Ein Beispiel dafür waren die Arbeitsvergaben im Zusammenhang mit der Sanierung der Sportanlagen im Chreis, die zu heftigen Protesten des lokalen Gewerbes führten.

Übergeordnetes Recht

Gemeinderat Jean-Jacques Hegg (SD) fragte den Stadtrat deshalb an, weshalb die städtische Submission eine Gewichtung ökologischer Kriterien (ausser der Bewertung der einzusetzenden Materialien und Maschinen) nicht zulasse. Im Speziellen wollte er wissen, weshalb kurze Transportwege langen Anfahrten nicht vorgezogen würden. Lange Transportwege seien ökologisch schlecht. Stimmt, antwortet nun der Stadtrat. Aber weil die städtische Submissionsverordnung auf internationalen Abkom-

men, dem Binnenmarktgesetz und einer interkantonalen Vereinbarung beruht, müsse übergeordnetes Recht angewendet werden. Und dieses verbiete, die Länge der Transportwege zu gewichten, wenn diese bei der auszuführenden Arbeit nur eine nebensächliche Rolle spielten.

Grund für diese Handhabung sei das Gebot der Gleichbehandlung aller Anbieter, so der Stadtrat. Eine Bevorzugung der lokalen Anbieter wegen kürzerer Transportwege würde lokale Anbieter bevorzugen. Der Stadtrat weist in darauf hin, dass er das Prozessrisiko in einem solchen Fall als sehr hoch einstuft. Das aber würde die Vergabe als Gesamtes gefährden.

Die Ausnahme

Laut Stadtrat nicht nur zulässig, sondern erforderlich ist der Einbezug der Transportwege dann, wenn eine Vielzahl von Fahrten ausgeführt werden muss. «In jenem Fall ist es sachlich geboten, die Differenz der zu fahrenden Kilometer bei der Evaluation der Offerten zu berücksichtigen.» Der Stadtrat betont, dass er die Kriterien für jede Ausschreibung neu festlegt. Nach Massgabe des Binnenmarktgesetzes würden darin die ökologischen Kriterien berücksichtigt.

Aus: Der «Glattaler»

www.schweizer-demokraten.ch

Hochpreisinsel Schweiz

Ausser telefonieren sei alles in der Schweiz teurer als in der ganzen übrigen Welt. Es mag ja sein, dass wir besser wohnen, grössere Ansprüche stellen, mehr pro Kopf ausgeben für unsere Sicherheit. Das Land ist bis zum hintersten Winkel erschlossen, jeder Quadratmeter vermessen und vermarcht. Wir versuchen, Bauernbetriebe und kleine Unternehmungen zu erhalten. Dies kostet. Zuzugeben ist, dass Monopole und Preisabsprachen bestehen. Aber auch Gewerkschaften sind nicht un-

schuldig an den hohen Preisen. Ungeachtet ausländischer Konkurrenz verlangen sie jedes Jahr Reallohn-Erhöhungen, möchten Arbeitszeitverkürzung und niedrigeres Rentenalter. Dies zwingt zu Rationalisierung, bewirkt Entlassungen, erhöht die Preise, beschleunigt die Geldentwertung. Man sieht es an den Posttaxen. Von 20 Rappen zu 85 Rappen, bei gleichzeitiger Herabsetzung der Gewichtsgrenze – und erst noch Schliessen vieler Poststellen – wird Briefpost ein Luxus, mitverschul-

det durch gewerkschaftliche Forderungen. Alle diese Erhöhungen schlagen durch auf Konsumentenpreise und Index.

Wie weit ständige Lohnforderungen an der Hochpreisinsel Schweiz schuldig sind, müsste auch einmal untersucht werden. Auch ob jährliche Lohnerhöhungen nicht wieder durch die überwälzten höheren Löhne kompensiert werden. Aber nicht nur dies: auch unser Export wird zu teuer. So sind nicht nur Preisabsprachen an hohen Preisen

schuld, sondern auch Gewerkschaftsbosse.

Niedrigstämmige Kirschbäume im Baselbiet und Schwarzbubenland mit kinderleicht zu pflückenden Früchten waren Anfang Juli voll behangen. Es fehlten Pflücker: Im Hochpreisland vertrocknen die Kirschen, fallen zu Boden.

Im Angebot gibt es dafür billige Früchte aus Spanien, Neuseeland, Südafrika, wo noch gepflückt wird.

Robert Berner, Rheinfelden

Der Leser hat das Wort



In dieser Rubrik werden die persönlichen Meinungen unserer Leser wiedergegeben. Diese decken sich nicht notwendigerweise mit derjenigen der Redaktion.

Unsichtbare Tränen

Nein, Tiere weinen nicht;
das wär' ein Tränenmeer.
Nein, Tiere weinen nicht,
auch wenn sie leiden sehr.

Nein, Tiere weinen nicht;
auch ist der Schmerz so gross.
Nein, Tiere weinen nicht,
das machen Menschen bloss.

Nein, Tiere weinen nicht;
nicht dass es fehlt an Tränen.
Nein, Tiere weinen nicht;
das überlässt man jenen, die sie
zu Tode quälen.

Ist wertlos diese «Sache»,
die trotzdem, dass sie lebt
ist ohne Recht und Sprache.

Vladimir Konečný

Armee-Revolution!

Vor einiger Zeit war am Fernsehen von einem hohen Armeeeoffizier zu sehen und zu hören, dass die Schweiz ein Armee-Bataillon aufstellen wird, um im Ausland damit tätig zu werden. Die Schweiz wolle sich nicht länger einer andern Führungsstruktur unterwerfen. Sie wolle selbständig einen Grenzabschnitt kontrollieren. Ein solches Vorhaben setze voraus, dass auch neue Grade geschaffen werden müssten. Die Bundeskasse dürfte damit sicher vermehrt belastet werden.

Hier drängt sich doch die Frage auf, wo wir denn eigentlich hingehen. Der Bundesrat spricht noch immer von Neutralität. Auch Bundesrat Villiger hat laut und deutlich zu verstehen gegeben, dass die Schweiz neutral bleiben werde, dies auch, wenn wir der UNO beitreten.

Hat der Bundesrat die Gesetze und Verordnungen gelesen? Meines Wissens steht in den UNO-Paragrafen doch klar und deutlich geschrieben, dass es in den Staatsgebilden der bereits begonnenen Zukunft keine Neutralität gibt. Wurden wir bewusst falsch informiert oder weiss der Bundesrat tatsächlich nicht, was in diesen Papieren steht?

Warum will Bundesrat Schmid ein Bataillon von 1000 Mann erstellen und ins Ausland schicken? Diese

Idee stammt vom ersten CEO (Chief Executive Officer) Christophe Keckeis). Warum müssen neue Grade geschaffen werden?

Wäre es nicht sinnvoller, diese 1000-Mann-Truppe an unsere Grenzen zu stellen, um die Grenz-wache zu unterstützen? Das wäre mindestens so sinnvoll, wie in fremden Landen eine Grenze zu kontrollieren! Kann mit dem Unsinn – Schweizernsoldaten im Auslandseinsatz – nicht Schluss gemacht werden? Verstösst das, was der Bundesrat hier macht, nicht gegen unsere Verfassung? Und wer soll das bezahlen?

Wie denken eigentlich unsere Parlamentarier darüber? Es stimmt mich nachdenklich, wie das Schweizervolk immer wieder hinter Licht geführt wird. Ich hoffe nur, dass mein Aufruf nicht zu spät kommt.

Alfred Benz, Bettingen

P.S. Ich bin nicht Mitglied einer politischen Partei. Meine Entscheidung betreffen die Sache und nicht Parteivorgaben.

Einen in jeder Form belegten Überblick über die ohne unser Wissen gemachte Hintergrundpolitik gibt folgendes Buch: «Die Geheime Weltmacht» von Conrad C. Stein. «Die schleichende Revolution gegen die Völker» (Hohenrain-Verlag Tübingen, JSBN 3-89180-063-0).

Offener Brief an Bundesrat Samuel Schmid

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Im BLICK vom 15. November 2003 las ich den Artikel: Berner Innenstadt zu gefährlich für unsere Soldaten.

Auch wenn man bekanntlich nicht jeder Druckerschwärze glauben soll, sind die Angaben in diesem Bericht wohl kaum einfach aus den Fingern gesogen. Da steht z.B., das Bahnhofsviertel sei Sperrgebiet für unsere Soldaten und dass sie den Bahnhof erst kurz vor Zugsabfahrt betreten sollen, auf der Rückfahrt möglichst schnell wieder raus aus dem Bahnhof – alles ganz offiziell angeordnet. Denn «Im Quartier rund um die Berner Reithalle kommt es immer wieder zu Pöbeleien und Schlägereien zwischen Soldaten und Chaoten», (sollte wohl heissen: Linksextremen). Herr Bundesrat, die Reithalle ist seit langen Jahren bekannt. Würden «Glatzköpfe», «Rechtsextreme» oder «brauner Pöbel» dort ihr Unwesen treiben und als «Brutstätte» für obige Benennungen gelten, hätte man sie längst verjagt und ausgeräuchert. Frage: Warum haben die «Chaoten» etc. freie Bahn?

Als die Soldaten in Aarau und Payerne von Ausländern zusam-

mengeschlagen wurden, empfahl man ihnen, sich nicht in Schlägereien einzulassen, sondern davon-zurennen. Heute sollen sie sich hüten, am Berner Bahnhof herum-zustehen, wegen der aggressiven Reithallenleute.

Frage: Sind solche Anweisungen nicht eher Kindergärtlern angepasst und nicht wehrhaften Soldaten?

Weiter heisst es, die Soldaten in Bern sollen mit diesem Sperrgebiet (für sie) vor solchen «Übergriffen», geschützt werden, und der Infochef des Generalstabs sagt: «Wir schützen unsere Leute».

Frage: Ich dachte immer, unsere Soldaten schützen Land und Leute. Wenn sie aber selbst geschützt werden müssen, wer schützt dann die Schweiz und die Schweizer? Für wirklich genügend Polizei und genügend Grenzschutz hat die «reiche Schweiz» kein Geld und nun müssen sich auch noch die Soldaten ducken statt sich zu wehren. Soll man nun den Armee-Abschaffern gratulieren? Sie müssen gar nichts mehr tun, angesichts all dieser Schwächen, die ausgebaut statt sofort korrigiert werden.

Evelyn Küffer, St. Gallen

Unterstützung allein erziehender Mutter

Sehr geehrte «Beobachter»-Redaktion

In ihrer Ausgabe vom 28. November 2003 berichten Sie, dass der «Beobachter» der allein erziehenden Frau Iris P. ein Fahrrad geschenkt hat. Die Sozialleistungen und die Alimentenbevorschussung der betreffenden Gemeinde würden das Existenzminimum nicht decken.

Grundsätzlich muss man sich schon fragen, warum gibt es so viel alleinerziehende Mütter? Auf dem Bild ist Frau Iris P. (vermutlich Schweizerin) mit drei dunkelhäutigen Kindern abgebildet. In ihrem Bericht erwähnen Sie nicht, wer der Mann und Vater der Kinder ist

und wo dieser sich aufhält. Wer in fremde und unsichere Länder reist, der soll die Verantwortung übernehmen. Als Beispiel dienen die Sahara-Geiseln von diesem Sommer. Frauen, die vermutlich im Fall von Frau P. von exotischen Männern begeistert sind, diese heiraten und Kinder haben, sollen auch die Verantwortung tragen.

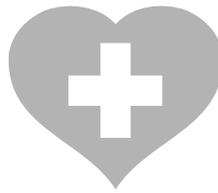
Es gibt allein stehende Mütter und allein stehende Mütter. Über Risiken und Gefahren über Ehen mit fremden Kulturen sollte «der Beobachter» berichten und seine Unterstützung dementsprechend ausrichten.

Kurt Koller, Lichtensteig



Liebe Leserinnen und Leser

Je kürzer und prägnanter Ihr Leserbrief ist, um so eher sehen wir die Möglichkeit einer Publikation.
Ihre SD-Redaktion



Droits de l'homme, démocratisation et niveau de vie



Mary Meissner,
Vernier

Pour commencer, disons que les droits de l'homme sont une conception parfaitement empirique. Il n'y a qu'à voir les nombreuses interprétations qui en sont faites dans différents pays. Dans les principes des droits de l'homme, il y a le droit à un niveau de vie décent, à la libre expression des citoyens et donc à la démocratie. Or la pauvreté augmente partout et de plus en plus, sous l'impulsion irréversible du mondialisme, un nouveau genre de totalitarisme s'impose par conséquent annule la démocratie. Sous le label d'améliorer le niveau de vie des populations les plus déshéritées, l'aide internationale s'amplifie, et plus les gens deviennent pauvres, plus les prébendes

augmentent puisqu'elles vont aux gouvernements pourris qui emploient cet argent à des fins militaires. La corrélation existe entre le fait que plus les droits de l'homme sont bafoués et plus les investisseurs ont le libre accès aux nombreuses affaires engendrées par cette situation paradoxale leur permettant également de rapatrier leurs profits. Les Etats Unis en sont le meilleur exemple lorsqu'ils ont commencé ce genre de magouille dans toute l'Amérique latine. Ces pays deviennent de plus en plus pauvres vu les assassinats, les tortures dans le monde paysan, la destruction des mouvements populaires et les massacres à grande échelle. Et puis les investissements sont venus sous couvert de droits humains. Le niveau du produit national brut a augmenté au détriment des conditions de vie de plus en plus précaires des autochtones. Le gouffre entre les autorités inféodées au mondialisme et la population de plus en plus brimée par des centaines de lois appliquées souvent à mauvais escient, augmente

faisant d'un côté des milliardaires et de l'autre des SDF.

Le mondialisme prétend appeler démocratie un système contrôlé par lui. C'est pourquoi on assiste à tant de votations falsifiées sous contrôles inefficaces. Comme en Géorgie maintenant, quand Chevarnadze un suppôt de Moscou, refuse le résultat des urnes, décrète l'état d'urgence et compte sur son appartenance à la Trilatérale et autres maffias et sociétés secrètes mondiales. La démocratie veut dire que le gouvernement d'un pays est contrôlé par le peuple qui use de ses droits d'initiative pour faire pencher la balance dans des cas litigieux, ce que ne peut accepter le totalitarisme d'une économie internationale, les organismes comme les commissions de Bruxelles ou les dirigeants étasuniens. C'est pourquoi la Suisse a besoin plus que jamais de dirigeants lucides et forts comme des Blocher ou des Delamuraz qui ne se laissent ni acheter, ni détourner de leurs obligations nationales.

La démocratie ne signifie pas

grand chose quand les individus en tant que tels se trouvent confrontés à une hyperconcentration du pouvoir économique. Elle n'a de sens que si les gens peuvent s'organiser de manière à obtenir des informations, se forger une opinion sur différentes questions, participer activement au jeu politique, etc. ce que la Suisse perdra si elle annihile sa démocratie directe unique au monde et qu'aucun bloc se parant du même label n'acceptera de suivre.

S'est-on demandé pourquoi tant de journalistes ont été tués, de rédactions dynamitées afin de donner longue vie à l'hypocrisie et la lâcheté conduisant à l'esclavage fiscal?

Les altermondialistes ouvrent une voie de révolte, mais auront-ils assez d'argent et de puissance populaire pour arriver à renverser la vapeur? Ce train, lancé à toute vitesse écrasant les récalcitrants sans vergogne comme l'Irak ou la Tchétchénie ne sera pas facile à stopper sans faire d'énormes dégâts.

Le Piloni

D'où vient la désinformation?

Monsieur Yves Brutsch du Centre social protestant accuse l'Office des Réfugiés, la police et Mme Metzler de peindre le diable sur la muraille concernant les réfugiés et autres requérants d'asile. Pour lui les chiffres indiqués sont exagérés et il est faux de comparer le nombre de ces migrants par rapport à nos voisins. Dans ces pays les autorités additionnent les familles alors qu'en Suisse nous incluons même les nourrissons. Comme si les bébés ne grandissaient jamais! Donc nos calculs sont plus exacts car aider une famille coûte probablement moins cher que cinq individus séparément? Il n'y a qu'à voir ce qui se passe en France tant dans des taudis infects que dans des camps de Roms. Monsieur Brutsch critique également le fait que nous n'ouvrons pas tout grand le marché du travail à ces déshérités, ainsi que nos frontières à ces masses de familles nombreuses malheu-

reusement noires. On dirait qu'il n'a pas été mettre son nez dans les statistiques du chômage ni dans celle des logements! De plus, il subodore que les Suisses, s'ils étaient dans la même situation, agiraient de la même façon dans la délinquance et il met on doute les chiffres émanant de nos prisons.

Heureusement que les citoyens suisses sont devenus intelligents et ne se laissent plus bernier puisqu'ils commencent à voter pour l'UDC et les Démocrates suisses, les seuls partis qui essaient de les protéger.

Les Accords de Genève, une utopie

Si nous lisions plus souvent «Il Manifesto italien» nous apprendrions mille choses intéressantes. Nos lecteurs se souviennent de tous les articles que nous avons publiés au sujet du mauvais usage fait, ou a été fait des 1.25 milliard versés aux Israéliens, au CJM et autres sociétés juives en réparations et remboursements aux victimes de la shoah. Dernièrement nous avons

aussi communiqué qu'une grande partie de cette somme n'avait pas été versée à qui de droit. Ce que nous venons d'apprendre, c'est que tout cet argent (déduction faite de seulement 50 millions) n'ira pas aux victimes et héritiers, mais servira et aurait déjà servi à entretenir et équiper l'armée d'Israël.

Cela n'est qu'une répétition de ce qui s'est passé à la fin de la Seconde Guerre mondiale. Les fonds versés dans le cadre des Accords de Washington et de Paris devaient servir à l'accueil des réfugiés en Israël. Or d'après de nombreux témoignages les gens y étaient très mal reçus. Il est donc probable que ces fonds aient été offerts à l'armée en formation. Quant aux immenses sommes versées à titre de réparation par l'Allemagne, beaucoup de citoyens juifs croient qu'elles ont abouti dans l'industrie d'armement. Cette manière de faire enferme Israël dans une logique de haine antidémocratique ayant pour seul critère l'Holocauste qui lui sert de paravent. Donc les Accords de Genève n'aboutiront pas, c'est

une pure utopie tant il est vrai que le pays est trop petit pour contenir deux peuples ennemis mortels. L'enfer est peuplé de bonnes intentions.

L'Egypte et quelques autres pays au pilori

La conférence sur l'excision de Stockholm a constaté que cette honteuse tradition continue à être pratiquée en Egypte qui a pourtant édicté une loi interdisant cette opération. En effet 60 à 80% des femmes sont quand même concernées par cette pratique d'origine pharaonique. Dans le même temps, 6000 fillettes sont excisées chaque jour dans des douleurs atroces, à travers le continent africain où le sujet reste tabou, sous prétexte de mariages impossibles sans cet handicap exigé par les mâles supérieurs et égoïstes.

Là aussi la Ligue des Droits de l'Homme se tait, malgré plusieurs morts dues à des opérations sans hygiène, ni endormissement. A quoi sert-elle? *Octopus*

Transports

Les inconspicuités de l'Union européenne en matière de transports sont basées sur le non respect d'autrui. Les utopistes d'une U.E. agrandie qui s'est formée surtout pour contrer les USA en tant que bloc économique et politique, devraient comprendre qu'elle est loin de disposer des grands espaces américains. Elle est surconstruite et surbalafée de routes de toutes sortes et manque d'air respirable surtout concernant les zones infestées de camions de plus en plus gros. L'Autriche et la Suisse étant au cœur de l'Europe sont les plus



touchées par le transit dense et puant, par le bruit et la poussière sans compter les risques d'accidents, les bouchons et l'encombrement.

Actuellement l'Autriche qui fait partie de ce conglomérat de pays exportateurs et importateurs, n'a rien à dire quant à ses efforts désespérés pour protéger sa population et son environnement de ces nuisances routières et c'est paradoxal que ce qu'on appelle la démocratie, impose au seul lésé dans cette affaire, les décisions unilatérales de tous les autres partenaires qui n'ont aucun scrupule à profiter seuls des avantages refusés à l'Autriche. Ah! c'est tellement plus facile d'imposer ses nuisances chez le voisin sans aucune considération pour essayer de trouver un compromis équilibré? La Suisse également dans le colimateur du

transit et qui est encore libre de décider (ô petitement) des protections à installer sur son territoire et qui dépense des milliards pour protéger ses habitants et ses montagnes contre les hordes de camions en les plaçant sur des trains, se heurte à l'incompétence, l'égoïsme et l'arrogance de l'UE au même titre mais pas au même niveau que l'Autriche. Dieu sait ce qui va se passer avec l'augmentation de trafic des pays de l'Est qui possèdent de vieux camions de récupération?

Mary Meissner, Vernier

Message aux europhiles suisses

En 1995 déjà, Pierre de Villemarest avait prévenu avant l'arrivée de Chirac que «s'il est élu, la gauche ancrée depuis des années en France dans les médias, l'instruction publique et dans l'administration aura toutes les chances d'y rester et de pouvoir ainsi poursuivre son œuvre de subversion et de désinformation».

Huit ans après, le bilan est flagrant. Le pragmatisme invoqué par le Grand Maître du Grand Orient n'a cessé de protéger l'ensemble des gauches qui continuent à tirer les ficelles dans les coulisses du pouvoir. Il n'y a qu'à voir la magnifique inauguration d'un tronçon de quai de Seine à la gloire de François Mitterrand par Badinter qui a souligné qu'en 1947 à la Haye au Congrès fondateur du Mouvement Européen il avait été le constructeur de l'U.E.

Actuellement, Chirac se pose on dénominateur commun entre la gauche et la droite pour faire pas-

ser dans les faits en 2004 la Constitution européenne fabriquée par Giscard d'Estaing sous les auspices maçonniques qui ont toujours été de gauche. Chirac affirme dans le même temps son ralliement total au projet d'une armée européenne intégrée à l'OTAN, clin d'œil aux mondialistes américains du CFR (Council of Foreign Relations), qui n'ont cessé depuis plus de 45 ans de voir l'Europe on subordonnée, avec Bruxelles comme tête de pont dont Washington entend devenir le seul Grand Maître.

Dans la Trilatérale et le CFR, plus les Francs maçons de diverses obédiences, on y compte de plus en plus de poutinistes issus des rangs de l'ancienne KGB. Les votations «démocratiques» à l'Est ne sont que de la poudre aux yeux des gogos européens, car elles sont toutes truquées afin de garder au pouvoir les pro staliniens qui n'ont jamais accepté de perdre ces territoires

riches en pétrole. Surtout que, pour s'émanciper, ils attendaient l'aide des nouveaux milliardaires russes, presque tous juifs, dont quelques uns ont été emprisonnés, d'autres sont partis à l'étranger. Les méthodes drastiques de l'ancien régime reviennent avec force. C'est pourquoi je dis à tous nos europhiles que leur désir d'entrer dans l'UE est insensé, car nous deviendrons les vassaux d'un mondialisme communiste, cela étant confirmé par la lecture attentive de la nouvelle Constitution européenne. Quant aux peuples déjà dans l'UE, et ceux qui y entreront bientôt, je les plains. Ils ont été manœuvrés, désinformés et leurs difficultés ne font que commencer. Les anciens pays satellites qui croient assurer leurs arrières en entant dans l'UE, l'OTAN, etc., ne font que changer un cheval borgne contre un aveugle.

Maria de Seinmer

Le Piloni

Manifestations et protestations des fonctionnaires

Ce que je ne comprends pas, ce sont ces manifestations de rue des fonctionnaires qui protestent contre les mesures de restrictions budgétaires. S'ils réfléchissaient un peu, ils se rendraient compte qu'en exigeant d'être exonérés des mesures urgentes d'économie à tous les niveaux, ils scient la branche sur laquelle ils sont assis.

En effet, quand les caisses sont vides et que l'argent ne tombe pas du ciel, il y a lieu, comme dans tout bon ménage qui se respecte, de

faire des économies pour ne pas se retrouver dans l'impasse faillite - chômage. Sachant que ce sont des citoyens fonctionnaires qui doivent se débrouiller cahin-caha dans l'imbroglio économique des finances publiques (c'est-à-dire NOS finances) et qui doivent prévoir assez d'argent pour payer tout le monde à la fin de chaque mois, afin que nous bénéficions des services postaux, policiers, travaux publics-poubelles, écoles et autres distributions de services, il faut les aider à programmer tout ça et ne pas revendiquer au mauvais moment. Nous ne pouvons, nous tous, vouloir le beurre et l'argent du beurre et revendiquer une quantité de services coûteux sans en payer le prix.

Et mieux vaut ne pas exiger des augmentations de salaires plutôt que de payer une TVA et des impôts supplémentaires. Où est la différence entre recevoir un plus gros salaire mais aussi un plus fort taux d'impôts? L'un annule l'autre. Alors, cher concitoyens-fonctionnaires qui revendiquez, ne serait-il pas mieux de réfléchir et voir plus loin que le bout de vos nez?

Dette et retour au Congo

J'apprends que la Suisse vient d'annuler l'ensemble de sa créance vis-à-vis du Congo, soit un montant de 31.2 millions de francs. Ce que je

Suite en page 15

DS 
Démocrates Suisses

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

ABONNEZ-VOUS

Je désire m'abonner au «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.-)

Nom: _____

Prénom: _____

Profession: _____

Date de naissance: _____

Adresse: _____

Signature: _____

Téléphone: _____

Envoyer à:
Démocrates Suisses,
Case postale 8116, 3001 Berne

Organe officiel des Démocrates Suisses **DS**

Secrétariat central:
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 974 20 10
Fax 031 974 20 11
Internet:
www.schweizer-demokraten.ch

Rédaction:
Démocrate Suisse
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 974 20 10
Fax 031 974 20 11
E-Mail:
sd-ds@bluewin.ch

Le Piloni

Suite de page 14

voudrais savoir et vous aussi je pense, c'est si notre ambassadeur Jean-Pierre Villard qui a signé ce protocole a bien insisté auprès d'André-Philippe Futa le ministre des finances du Congo, pour que son pays reprenne ses demandeurs d'asile déboutés. Et pourquoi les journalistes qui donnent cette information ne se posent-ils pas la même question pour nous informer convenablement? Il s'agit de nos sous car nous aimerions bien savoir si nous devons encore et encore payer à fonds perdus, et doublement perdus si les réfugiés déboutés restent chez nous.

Détournement de l'aide humanitaire

Pyongyang détourne une grande partie de l'aide humanitaire colossale qu'apporte le DDC depuis plusieurs années à la Corée du Nord, en faveur de son armée. Plusieurs ONG qui ont quitté cette dictature stalinienne, accusent le régime nord-coréen de profiter de l'aide suisse et internationale pour renforcer sa dictature marxiste-léniniste.

Que fait la Ligue des Droits de l'Homme pour exiger l'arrêt de ces versements qui prolongent indéfiniment la paupérisation et le malheur du peuple?

Octopus

La Guerre, une politique meurtrière

Noam Chomsky, cet écrivain américain extrêmement bien documenté sur la véritable politique mondiale, m'a toujours passionnée, surtout à travers ses déductions claires et logiques du comment et du pourquoi des événements chaotiques qui bouleversent le monde. Aujourd'hui l'occasion m'est donnée, à cause de la guerre d'Irak, d'essayer de brasser un aperçu de son dernier bouquin, «De la guerre comme politique étrangère des Etats Unis», ceci d'autant plus que j'en suis arrivée moi-même aux mêmes conclusions.

Tout d'abord ce qui choque le plus lorsque l'écriture est pour certains un reflet de la vie, c'est l'usage abusif qui est fait, comme dans le cas présent, des mots: «agression armée au lieu de légitime défense» ou vice-versa. Les médias, influencés par des nouvelles tronquées, arrangées ou déformées émanant surtout de reporters américains, continuent, sans distinction à semer le doute et la confusion dans les esprits de la population mondiale. Heureusement que la vieille Europe veille au grain et ne se laisse plus faire.

On dit facilement aujourd'hui, que la guerre d'Irak ressemble à celle du Vietnam parce que les Américains doivent reconnaître une défaite programmée, mais c'est faux. Le but premier des USA est d'abord, par «cette guerre de libération ou de légitime défense» comme ils l'appelle, d'empêcher l'Irak de devenir malgré les restrictions imposées, un pays fort, indépendant et refusant toute aide (traduire ingérence) de la part des Etats Unis, qui considèrent la guerre du Vietnam comme une réussite, parce que son but exact était de ruiner et de semer le chaos dans ce pays afin qu'il devienne dépendant comme les autres déjà sous tutelle. Cela veut dire croupir dans la pauvreté, rester dans le dénuement et surtout ne pas émerger trop fortement du marasme mondial propice à toutes les turpitudes. Les Etats Unis veulent empêcher par tous les moyens l'extension de cette «gangrène populaire» basée sur les Droits de l'Homme qui permettrait l'émergence de gouvernements indépendants et financièrement prospères, tous principes inconciliables avec le maintien des disparités économiques facilitant les exactions et vols en faveur des plus forts, protection policières en plus.

Les USA ont peur de toute politique de développement durable dans les pays marginaux. Car plus un pays est petit et sans influence réelle, plus le danger est grand. S'ils réussissent à se sortir de la misère cela pourrait faire bouler de neige ailleurs par un effet de dominos, alors adieu l'hégémonie monolithique des Etats Unis! Le pire c'est que toutes ces manigances sont payées par les impôts du peuple américain mal informé et abusé de toutes parts. Ce qui, dans une certaine mesure, contribue aussi à paupériser une grande partie de la population de ce pays. La devise des Présidents étasuniens, mandat après mandat est: «Mieux vaut un régime fort qu'un gouvernement libéral conciliant.» On se croirait au Kremlin!

Voyez La Grenade où sous la présidence de Maurice Bishop le pays commençait à prospérer grâce aux mesures progressistes qu'il avait instaurées, elle fut envahie par les mercenaires payés par les USA et son président chassé. Il en fut de même au Laos, au Vietnam, au Cambodge, en Birmanie. La France qui voulait récupérer ses colonies fut soutenue à 80% par les Etats Unis. La valse a continué au Rwanda, au Congo, au Kosovo, en Albanie, en Afghanistan, en Irak et s'enclenche en Arabie Saoudite. Le Liban pourri par la Syrie est une proie en devenir. Aujourd'hui, prétendre que la situation en Irak ressemble à celle du Vietnam est une double erreur, car les Américains ne cachent pas une certaine satisfaction lorsqu'ils parlent par exemple d'avoir réussi à faire tuer par les Français trois millions de Vietnamiens, un million de Cambodgiens et de Laotiens, à stopper l'émergence du social et de l'économique, d'avoir exilé dix millions de personnes et d'engranger une reconstruction énorme et payante pour les investisseurs. Ainsi le Vietnam ne passera plus pour un modèle de développement... social et économique aux yeux de qui ce soit.

Partout où les G.I's ont passé, ils ont laissé au cœur des pays dévastés des bases de soutien cachant des prisons où l'on pratique la torture, le terrorisme et des massacres. Sauf la vieille Europe qui ne s'est pas laissée faire, jusqu'à présent. Mais elle doit lutter fortement.

Maria de Seimners

Nous vivons dans un monde déboussolé

D'une part on lit que grâce aux larges démonstrations de l'altermondialisme, le business se socialise, alors que d'autre part tout le monde se plaint de salaires trop bas, d'exploitation de la masse salariale jugée au mérite, et de plus en plus de précarité surtout chez les femmes toujours moins payées que les hommes, etc.

Le mensonge se cache derrière les déclarations tonitruantes des USA qui prétendent faire la pluie et le beau temps dans l'économie mondiale. Ils claironnent que leur PIB a augmenté de 7.2%, mais qui peut le prouver et comment, alors qu'on compte de plus en plus de misérables couchant à ciel ouvert dans les grandes mégapoles américaines?

En Europe ce n'est pas mieux. Les économistes «chevronnés» se félicitent de la bonne tenue de l'Euro qui devient une monnaie de référence pour stabiliser les prix, mais en réalité personne n'étale sur la place publique la réalité de l'augmentation des prix de vente sur tous les produits. Seule la ménagère se pose des questions vitales pour sa famille. Et de plus qui ose parler d'une manigance entre financiers apatrides et surtout américains qui s'amusent à faire dérailler par le truchement des Bourses, les taux de change afin de destabiliser le commerce mondial. Concernant la guerre en Irak, les aberrations sont encore plus flagrantes, car c'est la vie qui est en jeu. Bien sûr les réservistes étasuniens se sont enrôlés volontairement pour échapper au chômage, à la discrimination ou à la misère morale. Ils ont cru aux mensonges

de Bush qui leur assurait une protection dont ils n'ont pas bénéficié. Pendant ce temps Bush se pavane à Buckingham Palace et l'Italie enterre ses morts revenus au pays. Que dire de ces démonstrations flamboyantes à l'italienne orchestrées pour faire avaler d'amères pilules? Bien sûr, il y avait 17 cercueils, mais combien de cercueils verrait-on en Irak, ou en Palestine et même en Israël où les médias n'ont montré aucun défilé de cette importance. Et les milliers de morts afghans ont disparu dans un grand silence.

Concernant d'autres horreurs comme les discussions engendrées par le port du voile et de la burqa pour les femmes soumises aux musulmans fanatiques chez elles ou en Europe, on oublie de parler en parallèle des excisions douloureuses et souvent mortelles qui sont à dénoncer également, car ces pratiques sont basées sur le mensonge d'un Coran d'où tout cela est absent. Pour moi le voile ressemble à l'étoile jaune pour les juifs et l'excision au reflet d'une inhumanité nazie. Lors d'une interview de la radio suisse romande qui me demandait pourquoi je ne voyais rien de positif autour de moi, j'ai répondu «qu'il fallait être idiot pour se complaire égoïstement dans mon petit cercle momentanément épargné, alors qu'un peu plus loin, la planète se dégrade rapidement à cause des êtres humains et des animaux qui s'empoisonnent en la polluant, se dévorent entre eux, et dansent sur les volcans qui mijotent sous leurs pieds».

Charlotte Morel

Einwanderungs-Initiative – es «läppert» sich langsam, zu langsam

Erwartungsgemäss hat die Sammeltätigkeit nach den Nationalratswahlen nachgelassen, auch wegen der kälteren Jahreszeit. Der neuste Stand per 27. November 2003 befragt 14'754 Unterschriften, das sind 1092 mehr als am 31. Oktober. Auf eine detaillierte Aufzählung nach Kantonen möchte ich diesmal verzichten, sondern nur erwähnen, wo am meisten gesammelt worden ist. TG: 352 Unterschriften (plus diverse aus anderen Kantonen gesammelt); ZH 383; BE 105; AG 72 Unterschriften. Erfreulich ist, dass nun auch die Sektion Thurgau angefangen hat, gezielt und konzentriert zu sammeln, denn ohne die sonst immer sehr sammelfreudige Sektion Thurgau wäre ein Zustandekommen der Initiative noch viel schwieriger. Wie bereits in der November-Nummer dieser Zeitung erwähnt, wird die Sammeltätigkeit auf öffentlichen Strassen und Plätzen in der kommenden kalten Jahreszeit sicher schwächer werden, aber jeder kann doch im privaten Rahmen sammeln.



Stärken Sie die Schweizer Demokraten durch Ihre Mitgliedschaft!

Abonnement

SCHWEIZER DEMOKRAT

PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

Bedenken wir: 12'000 Frauen und Männer erhalten jeden Monat unsere Zeitung. Wenn jede dieser Personen nur fünf Unterschriften sammeln würde, gäbe das 60'000 Unterschriften. Und fünf Unterschriften ist doch wirklich für jedermann zu schaffen, in der Verwandtschaft, in der Nachbarschaft, bei Freunden, an Vereinsanlässen usw. Ich trage jeweils immer einige leere Bögen mit mir. Es gibt immer wieder Gelegenheiten, im Zug, Tram, Bus, bei Freunden, im Verein, im Restaurant usw. Unterschriften zu sammeln. Vor allem Ende Jahr führen doch die meisten Vereine einen Anlass durch. Nehmen Sie eine Anzahl Bogen mit, Sie werden über den Sammelerfolg erstaunt sein. Ende November hatten wir den Schlusshock der Fussball-Veteranen Baden und Umgebung. Es waren 48 Personen anwesend; ich konnte mit dem schönen Resultat von 38 Unterschriften nach Hause gehen. Und dies, trotzdem Fussballer bekanntlich politisch nicht sehr interessiert sind. Aber diese Unterschriftensammlung läuft wirklich wie geschmiert. Nur gerade für die 1.-August-Initiative war es noch einfacher gewesen. Hier zum Schluss noch einige Zeilen einer Person aus der Stadt Basel, die mir kürzlich 40 Unterschriften von Basel-Stadt und 10 von Baselland geschickt hat und folgendes vermerkte (wörtlich): «An der Reaktion der Leute auf der Strasse dürften von Basel noch etliche Unterschriften eintreffen. Basel ist am Erwachen» (Ende des Zitats). Man merke, dies aus der sonst sehr «linken» Stadt Basel!

Also mein Aufruf an alle. Sammelt in eurem Bekanntenkreis. Als Weihnachtsgeschenk wünsche ich mir, die erwähnten fünf Unterschriften von jedem der 12'000 Empfänger dieser Zeitung zu erhalten. Was die Gewerkschaften Ende November zu Stande gebracht haben, nämlich für das Referendum gegen die AHV-Revision in nur 48 Stunden 81'000 Unterschriften zu sammeln, können die SD noch lange, auch wenn wir dazu 48 Tage brauchen sollten.

Sie können jederzeit weitere Unterschriftenbogen bestellen bei der Unterschriftenzentrale: SD, Postfach 1213, 5401 Baden oder beim Zentralsekretariat: SD, Zentralsekretariat, Postfach 8116, 3001 Bern. Sie können aber auch selber Kopien des Bogens machen (es muss der ganze Unterschriftenbogen kopiert werden).

Eidgenössische Abstimmungen vom 8. Februar 2004 – Parolen

JA zur Verwahrung von gefährlichen Sexualstraftätern!

Der Zentralvorstand der Schweizer Demokraten (SD) hat an seiner Sitzung in Aarau folgende Parolen beschlossen:

NEIN zum Gegenvorschlag zur Avanti-Initiative

Der Gegenvorschlag durchlöchert die Alpen-Initiative, welche vom Volk angenommen und von den SD unterstützt wurde. Anstatt mehr internationalen Transitverkehr auf die Schiene zu bringen, sollen nun wieder Strassen ausgebaut werden mit Geld, das schlicht und einfach nicht vorhanden ist (siehe riesige Schuldenlast des Bundes!). Durch neue Strassen soll weiteres wertvolles Kulturland unter Beton verschwinden. Der Schutz der Alpen und der Alpentäler ist demgegenüber höher zu gewichten. Zudem können all die Vorhaben nur mit wieder mehr Fremdarbeitern, die man zu diesem Zweck ins Land holen muss, erstellt werden. Dies lehnen die Schweizer Demokraten ab.

NEIN zu höheren Mieten!

Die SD lehnen die unsoziale neue Regelung, womit die Mieten künftig an den Landesindex der Konsumentenpreise angehängt werden sollen, ab. Dies bedeutet mittelfristig immer höhere Mieten, was vor allem für Leute mit kleineren Einkommen negativ zu Buche schlägt. Die geplante Regelung, wonach Vergleichsmieten herangezogen werden können, wenn es um die Neubewertung der Mieten geht, ist tendenziell ebenfalls mietpreisteigernd.

JA zur lebenslangen Verwahrung für nicht therapierbare, extrem gefährliche Sexual- und Gewaltstraftäter

Mit aller Kraft werden die Schweizer Demokraten diese Volksinitiative unterstützen. Es darf nie mehr vorkommen, dass entsprechende Täter frühzeitig aus der Haft entlassen und nachher wieder rückfällig werden. Die Justiz ist in Fällen von schweren Gewalt- und Sexualverbrechen viel zu weich. Eine Verschärfung der Gesetzgebung drängt sich auf, seit in den letzten Jahren leider auch eine Verrohung der Sitten festgestellt werden muss. Schwere Sexualverbrechen sind unentschuldig. Schlimm wiegt es auch, dass immer mehr Kinder und Jugendliche betroffen sind. Der Opferschutz ist endlich über den Täterschutz zu stellen.

SD bleiben Nationalratspartei

Mit Genugtuung hat der SD-Zentralvorstand zur Kenntnis genommen, dass die SD weiterhin im Nationalrat vertreten sind. Es ist auch künftig mit den SD zu rechnen. Die Stimmenverluste gaben im Zentralvorstand allerdings viel zu reden. Man hat beschlossen, die Partei im Laufe des nächsten Jahres neu zu organisieren, zu modernisieren und schlagkräftiger aufzubauen. Zu diesem Zweck werden neue politische und organisatorische Strategien entwickelt.

Rudolf Keller,
Landrat / e. Nationalrat,
SD-Zentralpräsident, Frenkendorf

SD-Geschenkabonumente

Ich übernehme hiermit _____ * Expl.
(*gewünschte Anzahl bitte einsetzen)

Geschenkabonnement(s) für ein Jahr



- Ich überlasse die Wahl des Beschenkten der SD-Redaktion
- Ich wünsche als Empfänger eine sozial bedürftige Schweizer Familie
- Als Empfänger wünsche ich einen Jugendlichen
- Als Empfänger wünsche ich einen bedürftigen Rentner

Rechnungsanschrift:

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____